

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mußte im „Dritten Reich“ mitnichten um das Überleben kämpfen, sondern konnte im Gegenteil auf eine stupende Erfolgsgeschichte zurückblicken, als sie 1946/47 in Max-Planck-Gesellschaft umbenannt wurde. Der Berliner Historiker Rüdiger Hachtmann beleuchtet die Dimensionen des Erfolgs und analysiert die Etappen, die dazu führten. Besondere Bedeutung findet dabei die Kontaktpflege zur NS-Regierung, die von der Spitze der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und hier namentlich von Ernst Telschow betrieben wurde, der nach 1945 unangetastet blieb.

Rüdiger Hachtmann

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945

Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik während des „Dritten Reiches“ läßt sich aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht abstrakt diskutieren. Die vier wichtigsten davon sind: Erstens waren die Jahre der NS-Diktatur eine Zeit ungeheimer Dynamik. Personen oder Institutionen, die 1933 oder 1936 zentral und unverzichtbar zu sein schienen, spielten schon 1939 oder 1942 oft keine Rolle mehr. Zugleich wandelten sich die politischen Konstellationen in einem so rasanten Tempo, daß auch die Einstellung „des“ Nationalsozialismus zu „der“ Wissenschaft nicht unverändert blieb. Zweitens war „der“ Nationalsozialismus keine konsistente Ideologie, sondern ein um wenige entscheidende Ideologeme konzentriertes Weltanschauungsfeld, und die organisatorisch seit 1933 vielfältig zersplitterte NS-Bewegung sozial wie politisch überaus heterogen. Drittens ist Wissenschaft nicht gleich Wissenschaft. Es war und ist ein erheblicher Unterschied, ob man auf die Geistes- und Sozialwissenschaften, auf die biologisch-medizinischen Disziplinen, auf die Ersatzstoffforschung und die Technikwissenschaften oder schließlich die naturwissenschaftliche „Grundlagenforschung“ blickt. Auch der Begriff „Grundlagenforschung“ – der hier zentral ist, weil die im folgenden thematisierte Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) als Zentrum der deutschen Grundlagenforschung galt – ist keineswegs so eindeutig, wie er auf den ersten Blick zu sein scheint, sondern in vielerlei Hinsicht bedeutungslos. Im Hinblick auf seine retrospektive Verwendung für die NS-Zeit, insbesondere in bezug auf die in ihm mitschwingende Behauptung, daß die nicht unmittelbar auf Anwendung orientierte „reine Wissenschaft“ zwischen 1933 und 1945 a priori politisch unschuldig geblieben sei, besitzt er zudem exkulpatorische Funktion¹. Viertens

¹ Vgl. vor allem Herbert Mehrtens, Kollaborationsverhältnisse: Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie, in: Christoph Meinel/Peter Voswinkel (Hrsg.), Medizin, Naturwissenschaft, Technik im Nationalsozialismus – Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 1984, S. 13–32; Helmut Maier, Aus der Verantwortung gestohlen? Die rhetorische Figur der „Grundlagenforschung“ als Persilschein für Rüstungsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung vor und nach 1945, in: Günther Bayerl/Werner Lorenz (Hrsg.),

war die deutsche Wissenschaftslandschaft nicht erst seit der NS-„Machtergreifung“ institutionell zersplittert. Es herrsche ein kaum überschaubarer „Wirrwarr“ und allgemeine „Planlosigkeit auf dem Gebiete der Forschung“, klagte beispielsweise der wissenschaftspolitisch einflußreiche erste Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Züchtungsforschung Erwin Baur in einem langen Artikel in der Vossischen Zeitung vom 29. Juli 1930. Dahinter stand das Faktum, daß die Wissenschaftslandschaft bereits während der Weimarer Republik – allein aufgrund der föderalistischen Strukturen des Deutschen Reiches – vielfältig zergliedert war und die große Zahl an Forschungsinstitutionen sowie deren Geldgeber selbst für Wissenschaftspolitiker nur schwer zu überschauen waren². Auch je nach institutionellem Rahmen konnte „Wissenschaft“ sehr Unterschiedliches meinen.

Statt „das“ Verhältnis „des“ Nationalsozialismus zu „der“ Wissenschaft aus der Vogelperspektive zu betrachten, ist es sinnvoller, eine wissenschaftliche Institution exemplarisch in den Blick zu nehmen. Nur so ist es möglich, der viel diskutierten Frage nach dem Verhältnis des Hitler-Regimes zur Wissenschaft und umgekehrt nach dem Verhältnis der Wissenschaft zur NS-Diktatur auf den Grund zu gehen. Angesichts der wissenschaftlichen wie politischen Vielfalt und Dynamik konnte im Deutschen Reich zwar keine Wissenschaftsorganisation Repräsentativität für die Gesamtheit der Forschungseinrichtungen beanspruchen. Das galt auch für die NS-Zeit, als verschiedene neue Institutionen des Regimes sowie mehrere NS-Organisationen versuchten, eigene, von traditionellen Wissenschaftsträgern unabhängige Forschungseinrichtungen aufzubauen (von den Hochschulen und den ihnen angeschlossenen Forschungsstätten, die hier ausgeblendet bleiben, ganz

Technik und Verantwortung im NS-Staat – kein aktuelles Problem?, Münster 2004, S. 47–77, bes. S. 48 f. u. S. 75 f. Zur exkulpatorischen Rede von der unpolitischen Grundlagenforschung der KWG während der NS-Zeit und zu weiteren apologetischen Rhetoriken vgl. Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007, Bde. 1 u. 2, hier Bd. 2, S. 1159–1168. Auch analytisch macht das dichotomische Begriffspaar, die kontrastierende Gegenüberstellung von „Grundlagenforschung“ und „angewandter Forschung“ wenig Sinn. Daß Grundlagenforschung auch unmittelbar anwendungsfähig sein kann, ist unlängst etwa für die Strömungsforschung oder die Biochemie gezeigt worden. Vgl. Moritz Epple, Rechnen, Messen, Führen. Kriegsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung, in: Helmut Maier (Hrsg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002, S. 305–356; Bernd Gausemeier, Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945, Göttingen 2005, hier S. 285.

² Das Phänomen der kaum überschaubaren Institutionenvielfalt hat manche Historiker zu Fehleinschätzungen veranlaßt. So hat Burleigh – mit Blick auf die große Zahl komplex miteinander verflochtener allgemein-politischer Institutionen während der Weimarer Zeit und anderer Epochen – den Schluß gezogen, „Polykratie“ sei generell ein Charakteristikum moderner Staatlichkeit gewesen. Das jedoch ist verkürzt; Polykratie läßt sich nicht auf Institutionenvielfalt und Kompetenzkonkurrenz reduzieren. Vgl. hierzu ausführlich Rüdiger Hachtmann, „Neue Staatlichkeit“ – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gauen, in: Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“?, München 2007, S. 56–79.

abgesehen). Seit Beginn des 20. Jahrhunderts existierte jedoch innerhalb der reichsdeutschen Forschungslandschaft eine wissenschaftliche Großinstitution, die so unstrittig eine Spitzenstellung einnahm, daß sie sich in besonderem Maße eignet, als Exemplum für allgemeinere Analysen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik herangezogen zu werden: Es ist dies die 1911 gegründete Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Vorgängerin der im September 1946 zunächst nur in der britischen Zone, Ende Februar 1948 dann in der Bizone ins Leben gerufenen Max-Planck-Gesellschaft (MPG).

Seit ihrer Gründung im Jahre 1911 stand die KWG im Zentrum der außeruniversitären Forschungslandschaft. Anfangs war sie ein preußischer Forschungsverbund, mit Instituten, die überwiegend im Berliner Vorort Dahlem beheimatet waren; seit 1918 wuchs sich die KWG zu einer reichsdeutschen Wissenschaftsgesellschaft aus. Bereits vor Beginn des Ersten Weltkrieges besaß sie ein Renommee, mit dem kein anderer Forschungsverbund im Deutschen Reich mithalten konnte und das international den Ruf erst des Wilhemischen Kaiserreiches, dann Weimar-Deutschlands als herausragender Wissenschaftsnation wenn nicht begründete, so doch sichtbar festigte. Die bedeutendsten Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) waren im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften, einschließlich der Ersatzstoffforschung, angesiedelt; es waren dies die Institute für Chemie, für physikalische Chemie und Elektrochemie (jeweils ab 1911), für Physik (als „Ein-Mann-Institut“ Einsteins von 1917 bis 1932/33, als Großforschungseinrichtung ab 1938)³, für Eisenforschung (ab 1918 Aachen, ab 1921 Düsseldorf), für Metallforschung (ab 1921 Berlin-Dahlem, ab 1934/35 Stuttgart), für Silikatforschung (ab 1926), für Faserstoffchemie (von 1920 bis 1934), für Bastfaserforschung (ab 1938 Sorau/Niederlausitz), für Lederforschung (ab 1922 Dresden), für Strömungsforschung (ab 1925 Göttingen), die riesige Aerodynamische Versuchsanstalt (von 1918 bis 1937 Göttingen)⁴, die beiden KWI für Kohlenforschung in Mülheim und Breslau (ab 1914 bzw. 1918) sowie weitere kleinere Institute. Wichtig war daneben die biologisch-medizinische Sektion der KWG mit einer Reihe gleichfalls hochangesehener Institute; zu nennen sind hier die KWI für medizinische Forschung in Heidelberg (ab 1930), für Hirnforschung (ab 1916 Berlin-Buch), für Zellphysiologie (seit 1930), für Biologie (ab 1915), für Biochemie (ab 1917), für Biophysik (ab 1937/38 Frankfurt a. M.)⁵, die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie (ab 1918 München) sowie eine Reihe kleinerer Forschungseinrichtungen. Dieser Sektion der KWG sind auch das KWI für Arbeitsphysiologie (ab 1913 Dortmund) sowie das berühmt-berüchtigte KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik (ab 1927) zuzuordnen⁶. Während des „Dritten Reiches“

³ Diese sowie alle weiteren KWI ohne Ortsbezeichnung hatten ihren Sitz in Berlin-Dahlem, das Geschichts- und die beiden Rechts-Institute sowie die KWG-Generalverwaltung (bis 1944) im Berliner Stadtschloß.

⁴ Danach ging die Aerodynamische Versuchsanstalt in den Besitz des Reichsluftfahrtministeriums über und gehörte nur noch nominell dem KWG-Forschungsverbund an.

⁵ Zu den biologischen Instituten vgl. vor allem Gausemeier, *Natürliche Ordnungen*.

⁶ Vgl. hierzu vor allem Hans-Walter Schmuhl, *Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945*, Göttingen 2005;

gewannen vor dem Hintergrund der NS-Autarkiepolitik außerdem die agrarwissenschaftlichen Institute der KWG erheblich an Bedeutung, neben dem 1928 gegründeten KWI für Züchtungsforschung in Müncheberg/Brandenburg das KWI für Tierzuchtforchung (ab 1939 Dummerdorf bei Rostock), für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft (ab 1940/41 nahe Breslau), für Rebenzüchtung (ab 1942 Müncheberg), für Kulturpflanzenforschung (ab 1943 nahe Wien) sowie ein Deutsch-bulgarisches Institut für landwirtschaftliche Forschungen in Sofia (ab 1941)⁷. Die geisteswissenschaftliche Sektion, mit dem kleinen Institut für Geschichte (ab 1914/17) unter seinem Direktor Paul Fridolin Kehr blieb demgegenüber von geringerer Bedeutung; innerhalb dieser Sektion waren das Institut für ausländisches Privatrecht (ab 1926) sowie vor allem – vor dem Hintergrund der Bemühungen, den Vertrag von Versailles zu revidieren – das Institut für ausländisches internationales und Völkerrecht der KWG (ab 1925)⁸ von auch politisch erheblichem Gewicht. Einen gleichfalls hohen Stellenwert besaß die Bibliotheca Hertziana in Rom (ab 1912/13), die 1937/38 auf Druck des NS-Regimes den Namen ihrer jüdischen Gründerin ablegen mußte und in ein KWI für Kunstwissenschaft sowie eines für Kulturwissenschaft zergliedert wurde. Vor allem das KWI für Kulturwissenschaft war de facto eine außenpolitische Propagandaeinrichtung, ein Forum für Veranstaltungen und Vorträge, die das Ansehen der Hitler-Diktatur in der italienischen Öffentlichkeit heben sollten. Wenn der Direktor dieses KWI Werner Hoppenstedt ein Mussolini-Verehrer, Teilnehmer am Hitler-Putsch 1923 und frühes NSDAP-Mitglied ohne herausragende fachliche Meriten war, dann darf daraus allerdings nicht geschlossen werden, daß nach 1933 meritokratische Kriterien, d. h. das Prinzip der Berufung oder Beförderung nach wissenschaftlichem Verdienst, außer Kraft gesetzt wurden. Hoppenstedts Ernennung zum Leiter des KWI für Kulturwissenschaft sowie mit Einschränkungen die Berufungen von Gerhart Jander und Peter Adolf Thiessen als Nachfolger Fritz Habers auf die Direktorenstelle des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie

ders. (Hrsg.), Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933, Göttingen 2004 (und die dort genannte ältere Literatur).

⁷ Zur Geschichte dieser Institute vgl. Susanne Heim, Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945, Göttingen 2004. Die Absicht, ein deutsch-griechisches Institut für Biologie in Piräus zu errichten, kam über Anfänge nicht hinaus. Vgl. Maria Zarifi, Das deutsch-griechische Forschungsinstitut für Biologie in Piräus, 1941–1944, in: Susanne Heim (Hrsg.), Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002, S. 206–232.

⁸ Die Geschichte beider Rechts-Institute ist bisher weitgehend ein Forschungsdesiderat. Einen Überblick über die Geschichte des Privatrecht-Instituts bis 1937 bietet die biographisch angelegte Studie von Rolf-Ulrich Kunze, Ernst Rabel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht 1926–1945, Göttingen 2004. Zum wichtigeren Institut für Völkerrecht vgl. lediglich den instruktiven Aufsatz von Ingo Hueck, Die deutsche Völkerrechtswissenschaft im Nationalsozialismus. Das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das Hamburger Institut für Auswärtige Politik und das Kieler Institut für Internationales Recht, in: Doris Kaufmann (Hrsg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 2, Göttingen 2000, S. 490–527.

1933 bzw. 1935 waren die einzigen, bei denen in erster Linie politische und nicht wissenschaftliche Kriterien maßgeblich waren⁹.

Wie läßt sich nun das Verhältnis von KWG und „Politik“ für die Zeit des „Dritten Reiches“ am besten aufschlüsseln? Welche Einrichtung innerhalb der wissenschaftlichen Großinstitution „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ war in erster Linie für die Wissenschaftspolitik und hier namentlich die Außenkontakte der KWG zu den maßgeblichen Institutionen des NS-Regimes zuständig? Gewiß besaßen auch die Direktoren einzelner Institute oft gute Kontakte zur „Politik“. Entscheidend für die Beziehungen zu den maßgeblichen politischen Entscheidungsträgern und damit die erfolgreiche Mobilisierung von Ressourcen¹⁰ war jedoch die Generalverwaltung der KWG. Das Handeln und die Selbstsicht der zentralen Akteure dieser Generalverwaltung stehen deshalb im folgenden im Zentrum. Zu bedenken ist dabei, daß der Begriff „Generalverwaltung“ auf zwei Ebenen zielt: Im „weiteren Sinne“ bezieht er sich auf die im „Verwaltungsausschuß“ bzw. (seit 1937) „Präsidenten-Beirat“ zusammengefaßten zwei bzw. drei Vizepräsidenten, zwei Schriftführer und drei Schatzmeister der KWG. Sie bildeten gemeinsam mit dem Präsidenten sowie dem KWG-Generaldirektor bzw. -sekretär die offizielle Führungsspitze der Wissenschaftsgesellschaft. Alle Mitglieder dieses Verwaltungsausschusses waren ehrenamtlich tätig. Davon zu unterscheiden ist die „Generalverwaltung im engeren Sinne“, die für die alltäglichen Verwaltungsgeschäfte zuständige KWG-„Behörde“: Sie bestand 1933 aus etwa zwanzig und 1942 aus knapp dreißig Angestellten. An ihrer Spitze stand von 1920 bis 1937 als „Generaldirektor“ Friedrich Glum¹¹ und von 1937 bis 1946/48 als „Generalsekretär“ Ernst Telschow, der bis 1960 Generalsekretär der Max-Planck-Gesellschaft als der Nachfolgeorganisation der KWG blieb¹².

⁹ Jander und Thiessen besaßen zusätzlich zu ihrer politischen „Qualifikation“ freilich auch wissenschaftliche Meriten. Vgl. Florian Schmaltz, *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*, Göttingen 2005, S. 77–100. Zu ihnen und Hoppenstedt sowie – daran anknüpfend – zum Problem der Meritokratie 1933 bis 1945 vgl. ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 544–556.

¹⁰ Zu dem auf das Bourdieu'sche Konzept der drei bzw. vier „Kapital“-Sorten zurückgehende Theorem des Ressourcenaustausches vgl. vor allem Mitchell Ash, *Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander*, in: Rüdiger v. Bruch/Brigitte Kaderas (Hrsg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Wiesbaden 2002, S. 32–51, bes. S. 32 f.; ders., *Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43 (1995), S. 903–925, hier S. 904; hierzu sowie zum Begriff des „Netzwerkes“ und den dahinter stehenden Konzepten Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 26–31.

¹¹ Den Titel „Generaldirektor“ führte Glum seit 1927.

¹² Zum Übergang von der KWG zur MPG vgl. als Überblick Manfred Heinemann, *Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neuregelungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949)*, in: Rudolf Vierhaus/Bernhard v. Brocke (Hrsg.), *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, Stuttgart 1990, S. 407–470. Mit Blick auf die Generalverwaltung, zu den Kontinuitäten seit 1945 und hier wiederum nicht zuletzt zur Rolle Telschows vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 1041–1156.

Die Generalverwaltung im engeren Sinne war für die KWG nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil die KWG-Präsidenten damals ehrenamtlich tätig waren – im Unterschied zu den MPG-Präsidenten heute. Für das konkrete Handeln der KWG, für den Alltag dieser Wissenschaftsgesellschaft war die „Generalverwaltung“ entscheidend. In ihr und damit auch innerhalb der KWG spielte der Generaldirektor oder der Generalsekretär, wie er seit 1937 hieß, die zentrale Rolle. Dies galt selbst für Zeiten, als starke Präsidenten wie namentlich Albert Vögler regierten, der dieses Amt wenige Wochen nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion übernahm und bis zu seinem Suizid am 14. April 1945 innehatte. Die folgenden Ausführungen werden deshalb stark auf das Selbstverständnis und das Handeln der leitenden Angestellten der Generalverwaltung im engeren Sinn, auf Friedrich Glum und vor allem Ernst Telschow zugespielt.

Entsprechend der Amtszeit ihrer Präsidenten bzw. ihrer Verwaltungsspitzen wird die Geschichte der KWG während der NS-Zeit im folgenden in drei Phasen eingeteilt: Die erste Phase, nach dem zweiten, seit 1929 amtierenden KWG-Präsidenten auch „Ära Max Planck“ oder – nach dem 1920 eingesetzten Generaldirektor der KWG – „Ära Friedrich Glum“ genannt, endet 1936/37. Die zweite wird durch die Präsidentschaft Carl Boschs ab Mitte 1937 und das „Interregnum Telschows“ begrenzt. Der Begriff „Interregnum Telschow“ umschließt den Zeitraum von Boschs Tod am 26. April 1940 bis zum Amtsantritt Albert Vöglers am 31. Juli 1941, als die KWG ein gutes Jahr lang ohne Präsident war. Die dritte Phase ist durch die Präsidentschaft Vöglers und das Ende des NS-Regimes markiert.

Die Einteilung der KWG-Geschichte im Dritten Reich in drei Phasen korrespondiert mit wichtigen Einschnitten der allgemeinen NS-Geschichte: Die Jahre 1933 bis 1936 lassen sich als die Phase der Systemstabilisierung kennzeichnen. Die Jahreswende 1936/37 markiert mit dem „Vierjahresplan“ vom September 1936 den Beginn einer in „Friedenszeiten“ vorgezogenen Kriegswirtschaft. Dieser „Vierjahresplan“, der die forcierte Aufrüstung einläutete und unter anderem mit der Gründung des „Reichsforschungsrates“ im März 1937 auch erhebliche wissenschaftspolitische Veränderungen zur Folge hatte, war auch für die KWG und ihre Institute von fundamentaler Bedeutung. Die Jahreswende 1941/42 wiederum markiert das Scheitern der deutschen Blitzkriegsstrategie („Schlacht um Moskau“), die Konfrontation NS-Deutschlands mit den überlegenen ökonomischen Ressourcen der Kriegsgegner (Kriegseintritt der USA) und, als Konsequenz, die Umstellung auf eine intensiviertere Kriegswirtschaft.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unter Pazifismusverdacht

Im Spätherbst 1933 drohte es zu einem handfesten Eklat zwischen dem preußischen Ministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung, an dessen Spitze seit Februar 1933 der NSDAP-Gauleiter für Südhannover-Braunschweig und vormalige Volksschullehrer Bernhard Rust stand, und der KWG zu kommen. Am 7. Dezember 1933 erklärte der seit März 1933 im Rust-Ministerium für die Wissenschaftspolitik zuständige Ministerialdirektor, der vormalige pommersche NSDAP-Gauleiter und spätere Präsident der Preußischen Akademie der Wissen-

schaften, Karl Theodor Vahlen¹³, in einem Schreiben an Max Planck, daß die KWG „unter dem Einfluß pazifistischer Tendenzen“ ihre „wehrpolitischen Aufgaben vollkommen auf[ge]geben“ habe. Er beklagte unter Verweis auf die geplante Schließung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Faserstoffchemie eine „völlige Mißachtung der volkswirtschaftlichen und wehrpolitischen Unentbehrlichkeit“ dieses Instituts und sprach pathetisch von „einer unverantwortlichen Schädigung wichtigster volkswirtschaftlicher und wehrpolitischer Lebensinteressen des deutschen Volkes“¹⁴.

Dieses von Vahlen im Einvernehmen mit Rust verfaßte Schreiben rief in der Generalverwaltung und unter den Repräsentanten der KWG tiefe Bestürzung und helle Empörung hervor. Max Planck, zu diesem Zeitpunkt seit gut drei Jahren Präsident der KWG, wies am 13. Dezember 1933 in einem Schreiben an Reichsinnenminister Frick und zwei Tage später in einem Brief mit gleichlautenden Formulierungen an Rust „den Vorwurf, daß [von der KWG] wehrpolitische Aufgaben unter dem Einfluß pazifistischer Tendenzen aufgegeben worden sind, auf das nachdrücklichste zurück“. Gegenteilige Gerüchte „entbehren jeder Berechtigung“. Dann fuhr Planck fort: „Auch während der Zeit, in der der Wissenschaft Beschränkungen durch den Versailler Vertrag auferlegt waren, hat die Generalverwaltung der Gesellschaft sich bemüht, mit dem Reichswehrministerium bezüglich der Bearbeitung wehrpolitischer Fragen an verschiedenen Instituten, allerdings in diskretester Weise, dauernd Fühlung zu halten.“¹⁵ Tatsächlich waren fast alle einschlägigen Institute der KWG seit Mitte der zwanziger Jahre mit „schwarzer“, d. h. nach den Bedingungen des Versailler Vertrages illegaler Rüstungsforschung befaßt, hatten Offiziere in Zivil die Gelder für diese Forschungsprojekte der Generalverwaltung persönlich überbracht¹⁶.

Obwohl das Kaiser-Wilhelm-Institut für Faserstoffchemie kurz danach tatsächlich geschlossen wurde, erhoben Rust oder Vahlen den Vorwurf, die KWG huldige pazifistischen Tendenzen oder betreibe wehrpolitische Sabotage, niemals wieder. Beiden wird der Brief vom 7. Dezember 1933 vermutlich sogar peinlich gewesen sein. Vahlen und Rust, erst wenige Monate zuvor in die neuen Ämter gehievt, waren offensichtlich schlecht informiert. Einem Insider, der Politik und Forschungsfelder der zum Zeitpunkt der „Machtergreifung“ gerade 22 Jahre alten KWG genauer kannte, wäre nicht in den Sinn gekommen, der KWG den Willen zu einer „unverantwortlichen Schädigung wichtigster wehrpolitischer Lebensinteressen“ zu unterstellen. Tatsächlich fiel es in den folgenden elf Jahren,

¹³ Vgl. Kyra T. Inachin, „Märtyrer mit einem kleinen Häuflein Getreuer“. Der erste Gauleiter der NSDAP in Pommern Karl Theodor Vahlen, in: VfZ 49 (2001), S. 31–51.

¹⁴ Vahlen an Planck, 7. 12. 1933, in: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem (künftig: MPG-Archiv), Abt. I, Rep. 1A, Nr. 188, Bl. 4–5, als Abschrift auch in: Ebenda, Nr. 1890/1.

¹⁵ Planck an Frick, 13. 12. 1933, in: Ebenda, Nr. 1890/1; Planck an Rust, 15. 12. 1933, in: Ebenda, Bl. 6–8.

¹⁶ Vgl. Helmut Maier, Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das KWI für Metallforschung 1900–1945/48, Bd. 1, Göttingen 2007, bes. S. 266–283, Tab. 3.18, sowie Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 1, S. 113–116 u. S. 472 f.

die das Tausendjährige Reich noch dauern sollte, keinem hochrangigen NS-Funktionär mehr ein, auch nur Teilen der KWG pazifistische Tendenzen zu unterstellen.

Die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges¹⁷ nur unterbrochene, 1926 wieder aufgenommene und schon bald enge Kooperation mit dem Militär wurde seit Frühjahr 1933 weiter intensiviert. Aber nicht nur das. Darüber hinaus wurden seit 1933 gerade auch aus den Reihen der KWG heraus Initiativen gestartet, die gesamte deutsche natur- und technikwissenschaftliche Forschung auf die „Landesverteidigung“ auszurichten und zu straffen. Es war namentlich Albert Vögler – die bereits seit Anfang der dreißiger Jahre innerhalb der KWG-Spitzengremien tonangebende Persönlichkeit –, der Ende 1933 eine Wiederbelebung der 1916 gegründeten und Mitte der zwanziger Jahre eingeschlafenen „Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft“ (KWKW) forderte¹⁸. Sein Plan, die kriegsrelevanten Forschungen in Deutschland nach dem Vorbild der KWKW zu ordnen und systematisch auszubauen sowie im Interesse einer raschen Aufrüstung mit modernsten Waffen einen wissenschaftlichen „Generalstab“ einzurichten, bestimmte die anschließende Diskussion über die Neuordnung der wissenschaftlichen Landschaft und wurde dann Anfang 1937 mit der Gründung des Reichsforschungsrates im Kontext des „Vierjahresplanes“ institutionell weitgehend umgesetzt¹⁹.

Mißverständnis um den Namen

Am 14. Februar 1936 – kurz nach den Feierlichkeiten der Gesellschaft anlässlich des 25. Jahrestages ihrer Gründung – hatte die KWG in Saarbrücken eine Vortragsveranstaltung geplant. Als Redner war Otmar Freiherr v. Verschuer vorgesehen – von 1927 bis 1935 Abteilungsleiter, seit 1942 Direktor des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik und nach 1945 als Doktorvater Mengeles zu fataler Berühmtheit gekommen²⁰. Der Titel des geplanten Vortrags lautete: „Erbliche Begabung und erbliche Belastung“. Thema und Inhalt des Vor-

¹⁷ Zur Kriegsforschung der KWG im Ersten Weltkrieg, nicht zuletzt der herausragenden Bedeutung des KWI für physikalische und Elektrochemie für die Giftgasforschung, vgl. als Überblick Lothar Burchardt, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Ersten Weltkrieg (1914–1918)*, in: *Vierhaus/Brocke (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld*, S. 163–196, bes. S. 164–172, sowie Margit Szöllösi-Janze, *Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie*, München 1998, S. 263–372.

¹⁸ Zu dieser Stiftung vgl. vor allem Manfred Rasch, *Wissenschaft und Militär. Die Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 50 (1991), S. 73–120; Szöllösi-Janze, *Fritz Haber*, S. 358–365 u. S. 423; Maier, *Forschung als Waffe*, Bd. 1, bes. S. 128–151.

¹⁹ Vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 576–597. Zum Reichsforschungsrat ausführlich Sören Flachowsky, *Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg*, Stuttgart 2007.

²⁰ Zu Verschuer vgl. Schmuhl, *Grenzüberschreitungen*, bes. S. 69–76, S. 202–211 u. S. 470–511; Achim Trunk, *Zweihundert Blutproben für Auschwitz. Ein Forschungsvorhaben zwischen Anthropologie und Biochemie (1943–1945)*, Berlin 2003; Carola Sachse, *Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer. Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern (1942–1966)*, in: Wolfgang

trags paßten durchaus in die politischen Konzepte des Nationalsozialismus. Dennoch verbot der „Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes“ und NS-Gauleiter für Rheinland-Pfalz, Josef Bürckel, die Veranstaltung²¹. Warum?

Anfang 1935 hatte die saarländische Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit für den Anschluß an das „Dritte Reich“ gestimmt. „Die Saar“ war unter dem Jubel der Reichsdeutschen „heimgekehrt“ – auch die KWG hatte ihre Gebäude festlich illuminiert. Dennoch reagierten im Saarland die örtlichen Führer der NSDAP weiterhin nervös. Bürckel sah in der KWG einen der monarchistischen „Verbände und Verbändchen“, die sich 1935/36 „schlagartig auf das Saargebiet stürzten, um Ernte zu halten“. Der NSDAP-Gauleiter erklärte später entschuldigend, Anlaß für das Verbot sei eine auflagenstarke, „gerade“ erschiene, „von reaktionärer Seite herausgegebene Zeitung [gewesen], die einen Artikel brachte, in dem der Kaiser verherrlicht wurde. Der Schluß des Artikels lautete ungefähr: Wir alten Soldaten und Anhänger einer großen Idee senden in dieser Stunde herz[liche] Grüße hinüber nach Doorn“, ins kaiserliche Exil. Der Artikel habe „sehr großes Aufsehen“ und vor allem „in Parteikreisen“ beträchtliche Erbitterung hervorgerufen. Ausgerechnet „in dieser Zeit nun kam die Mitteilung, ein Kaiser-Wilhelm-Verband wolle in Saarbrücken eine Kundgebung abhalten“. Das sei ihm, Bürckel, telefonisch übermittelt worden. Er habe nicht geahnt, „daß es sich um das Wissenschaftliche Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gehandelt“ habe und – im Glauben, damit monarchistischen Bestrebungen den Boden zu entziehen – „dem Kreisleiter mitgeteilt, daß die Kundgebung oder Versammlung nicht zuzulassen sei“. Er bedaure, daß man zu spät gemerkt habe, daß hier ein Mißverständnis vorlag²².

Aufschlußreich an dieser Geschichte ist nicht das Ereignis selbst, das Verbot der KWG-Veranstaltung vom Februar 1936, das bald zurückgenommen wurde. Erstaunlich ist vielmehr, daß dies der einzige Ärger war, der wegen des merkwürdigen, während der Weimarer Republik hochumstrittenen Namens „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“²³ entstand. Es läßt sich bis 1945 auch kein einziger ernsthafter

Schieder/Achim Trunk (Hrsg.), Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“, Göttingen 2004, S. 286–319.

²¹ Vgl. Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken an Cranach, 27. 11. 1933, in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BA), R 43 II/1227, Bl. 63.

²² Bürckel an den Reichsinnenminister, 13. 6. 1936, in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 838/4, Bl. 271 f. Hintergrund der übereilten Aktion Bürckels war die anhaltende Hoffnung rechtskonservativer Monarchisten, eine faschistische Diktatur nach italienischem Vorbild errichten zu können – mit einem Hohenzollernkaiser an der Spitze. Zum Kontext vgl. Willibald Gutsche, Monarchistische Restaurationsstrategie und Faschismus. Zur Rolle Wilhelm II. im Kampf der nationalistischen und revanchistischen Kräfte um die Beseitigung der Weimarer Republik, in: John C.G. Röhl (Hrsg.), Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte, München 1991, S. 287–296.

²³ Zur scharfen Kontroverse um den Namen „Kaiser-Wilhelm“, dessen Beibehaltung von sozialdemokratischer und kommunistischer wie liberaler Seite heftig kritisiert wurde, und zum sturen, geschlossenen Festhalten der Spitze der KWG an dem überkommenen Namen vgl. Bernhard v. Brocke, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1933), in: Vierhaus/Brocke (Hrsg.), For-

Versuch feststellen, den „Kaiser Wilhelm“ aus dem Namen der Gesellschaft zu tilgen – obgleich dem NS-Regime ja nun wahrlich keine Sympathien für die monarchistische Staatsform nachzusagen waren.

Was läßt sich daraus schließen? Aus der Sicht gerade auch höchster Funktionsträger des NS-Regimes war die KWG so wichtig, daß man ihren Namen nicht antastete. Moderne Kriege – das wußten auch die Nazis – lassen sich nur mit moderner Wirtschaft, moderner Technik und modernen Wissenschaften führen. Was das NS-Regime der KWG deshalb anbot, war eine Art „Geschäft auf Gegenseitigkeit“. Die KWG stellte ihr wissenschaftliches Kapital zur Verfügung, das NS-Regime bot im Gegenzug politisches und vor allem ökonomisches Kapital.

Begriffe wie „Ressourcen für einander“ (Mitchell Ash) greifen freilich noch zu kurz. Sie ignorieren nämlich die politisch-weltanschauliche Teilidentifikation der KWG mit zentralen Zielen des NS-Regimes. Planck war über den Pazifismus-Vorwurf aus dem Reichserziehungsministerium ernsthaft empört. Der KWG-Präsident, der Generaldirektor der Gesellschaft Friedrich Glum, aber auch Albert Vögler und der kaum weniger einflußreiche Gustav Krupp v. Bohlen und Halbach, von 1911 bis 1937 Erster Vizepräsident der KWG, sowie fast alle anderen Führungspersonlichkeiten und Senatoren der KWG waren während des Spätwilhelminismus sozialisiert worden und durch die „Hochschätzung des Militärischen“ sowie den Stolz auf glorreiche borussische Traditionen dauerhaft geprägt. Es war deshalb auch kein Zufall, daß mehr oder weniger alle einschlägigen Institute der KWG in die „schwarze Rüstungsforschung“ der Reichswehr seit 1926 eingebunden waren – mit ausdrücklicher Zustimmung übrigens des ersten KWG-Präsidenten Adolf v. Harnack²⁴.

Aufgrund der außerordentlichen Rüstungswichtigkeit der meisten Kaiser-Wilhelm-Institute expandierte die KWG im „Dritten Reich“ in einem zuvor kaum für möglich gehaltenen Ausmaß. Aus den 29 Instituten im Jahr 1933 wurden bis 1943 42 Institute. Vor allem seit 1938 wuchs die Gesellschaft; eine Reihe neuer Institute entstanden nicht zuletzt im Osten und Südosten Europas. Insbesondere seit 1939 kam infolge der kriegerischen Ausdehnung des nun „Großdeutschen Reiches“ ein Konzept zur Anwendung, das sich grob als „Metropole-Peripherie“-Modell beschreiben läßt: In den Zentren des Reichs (neben dem „Altreich“ außerdem Wien und Prag) sollten die naturwissenschaftlichen, medizinischen sowie die technikwissenschaftlichen KWI bleiben, während diejenigen Forschungseinrichtungen, die die koloniale Rohstoff- und Agrarbasis sichern sollten, seit 1940/41 sukzessive an die Peripherie verlegt oder dort neu gegründet werden sollten. Mit Forschungseinrichtungen in Sofia und Piräus sowie Dependancen eingessener KWG-Forschungseinrichtungen wie etwa des Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Instituts für Silikatforschungen in der Ukraine wurde ein Anfang

schung im Spannungsfeld, S. 197–271, hier S. 222–227. Auch nach 1945 sollte der Name nach dem Willen aller Repräsentanten der Wissenschaftsgesellschaft beibehalten werden; er wurde erst nach massivem Druck der Alliierten in „Max-Planck-Gesellschaft“ geändert.

²⁴ Vgl. Harnack an das Heeresverwaltungsamt, 3. 7. 1926, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), RH 8 I, Nr. 919.

gemacht. Die Pläne der KWG und ihrer Generalverwaltung gingen noch sehr viel weiter²⁵, ließen sich seit 1943 jedoch nicht mehr realisieren.

Noch aufschlußreicher als die zunehmende Zahl der Institute ist ein Indikator, der nach den Kriterien der Zeitgenossen den entscheidenden Maßstab für Erfolg oder Mißerfolg wissenschaftlichen Managements bildete: die Akquirierung von Geldern, also die Entwicklung der Einnahmen. Die Frage, inwieweit die Generalverwaltung der KWG hier in besonderem Maß erfolgreich agierte, läßt sich nur durch einen Vergleich mit anderen Wissenschaftsinstitutionen beantworten. Das Problem ist nun, daß die KWG innerhalb des Deutschen Reiches einzigartig war und sich auch im Ausland ähnliche Wissenschaftsorganisationen nur schwer finden lassen. Um die besonders erfolgreiche Finanzpolitik der KWG vor allem seit 1937 zu illustrieren, wurden – aller methodischen Vorbehalte zum Trotz – für Tabelle 1 zwei wissenschaftliche Großinstitutionen zum Vergleich herangezogen: die Preußische Akademie der Wissenschaften und die Notgemeinschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG).

Tabelle 1: Einnahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1924 bis 1944

	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft			Preußische Akademie der Wissenschaften			Notgemeinschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft		
	Absolut (a)	Index (b)	„Staatsquote“ (c)	Absolut (a)	Index (b)	„Staatsquote“ (c)	Absolut (a)	Index (b)	„Staatsquote“ (c)
1924(d)	3289,0	61,9	34,4 %	351,7	79,1	97,4 %	3480,0	84,3	86,2 %
1925	4632,0	87,2	53,2 %	456,4	102,6	94,8 %	6600,0	159,8	98,5 %
1926	6199,9	116,8	51,6 %	461,2	103,7	92,4 %	6300,0	152,5	98,4 %
1927	9962,1	187,6	62,5 %	450,5	101,3	94,6 %	8160,0	197,6	98,0 %
1928	8243,4	155,2	52,5 %	515,5	115,9	88,0 %	8212,0	198,8	97,4 %
1929	8859,3	166,8	59,4 %	?	?	?	7272,0	176,1	96,3 %
1930	7977,7	150,2	58,6 %	595,6	133,9	92,8 %	7420,0	179,7	94,3 %
1931	5458,5	102,8	66,7 %	575,4	129,4	87,1 %	5702,0	138,1	89,3 %
1932	5127,7	96,6	63,1 %	520,4	117,0	88,2 %	5010,0	121,3	87,8 %
1933	5310,0	100,0	65,5 %	444,8	100,0	88,9 %	4130,0	100,0	96,9 %
1934(e)	5618,8	105,8	60,1 %	?	?	?	4666,0	113,0	93,7 %
1935	5654,2	106,5	62,8 %	?	?	?	4828,0	116,9	90,6 %
1936	5726,8	107,8	84,5 %	544,2	122,3	82,0 %	2041,0	49,4	98,0 %
1937	7452,6	140,4	88,4 %	504,3	113,4	81,7 %	7722,0	187,0	97,1 %

²⁵ Ausführlich zu diesem Kapitel quasi-kolonialer Expansion der KWG vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 2, S. 963–995.

	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft			Preußische Akademie der Wissenschaften			Notgemeinschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft		
	Absolut (a)	Index (b)	„Staatsquote“ (c)	Absolut (a)	Index (b)	„Staatsquote“ (c)	Absolut (a)	Index (b)	„Staatsquote“ (c)
1938	9649,1	181,7	70,9 %	545,5	122,6	83,5 %	8066,0	195,3	99,2 %
1939(e)	10328,5	194,5	53,9 %	694,6	156,2	82,1 %	7239,0	175,3	98,1 %
1940	10842,1	204,2	54,9 %	634,8	142,7	77,7 %	6212,0	150,4	96,6 %
1941	10394,3	195,7	?	680,0	152,9	77,7 %	6053,0	146,8	99,1 %
1942	14300,0	269,3	?	562,7	126,5	89,5 %	9225,0	223,4	97,6 %
1943	14700,6	276,8	63,7 %	560,1	125,9	?	14079,0	340,9	99,4 %
1944	14482,8	272,7	59,3 %	552,0	124,1	?	?	?	?

(a) In 1000 RM.

(b) Index 1933 = 100,0.

(c) Da spätestens seit der Verkündung des „Vierjahresplans“ ‚klassisch‘-staatliche Strukturen zerfielen, sich zudem NS-Organisationen quasi-staatliche Befugnisse anmaßten, können die hier als „Staatsquote“ bezeichneten Zuschüsse der „öffentlichen Hand“ (Reich, Länder usw.) für den Zeitraum 1936 bis 1944 nur ein grober Indikator sein und lediglich Trends beschreiben.

(d) Angaben für 1924 bis 1933 geschätzt auf Basis der Angabe, dass während dieses Zeitraums neben den staatlichen Zuschüssen und Zuwendungen seitens der Industrie insgesamt weitere 12.522.000 RM „sonstige Einnahmen“ verbucht wurden.

(e) Angaben der „sonstigen Einnahmen“ der DFG geschätzt (Mittelwert zwischen den vorausgehenden und dem folgenden Jahr).

Quelle: Wolfram Fischer/Rainer Hohlfeld/Peter Nötzoldt, Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), Die Preußische Akademie zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 533, sowie Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 2, S. 1276–1280 (Tabelle 2.9).

Der Befund ist eindeutig: Die DFG verwaltete zwar seit 1937 die „Kasse“ des Reichsforschungsrates, der seit Anfang 1937 die reichsweite technik- und naturwissenschaftliche Forschung koordinieren sollte. Dennoch blieb die KWG bei der Akquirierung von Geldern auch dann noch erfolgreicher. Von 1936 bis 1942 wuchs der Etat der KWG um das Zweieinhalbfache. Das waren jährliche Steigerungsraten von gut zwanzig Prozent. Erst 1943 konnte die DFG wieder fast zur KWG aufschließen, nachdem nicht zuletzt Vögler als KWG-Präsident seit Mitte 1942 die Reorganisation des Reichsforschungsrates zwecks Steigerung seiner kriegswissenschaftlichen Effizienz forciert hatte²⁶. Denn dieser Reichsforschungsrat war kein eigenständiger Rechtskörper und bekam deshalb seine Gelder von der DFG, die damit zu einer Art Geldverteilungsstelle des Reichsforschungsrates degenerierte²⁷.

²⁶ Vgl. ausführlich ebenda, bes. S. 874–883.

²⁷ Zur DFG vgl. die (in mancherlei Hinsicht freilich defizitären) älteren Arbeiten wie Kurt Ziold, Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden 1968; Thomas Nipperdey/Ludwig Schmutge, 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriß der Geschichte der Deutschen Forschungsge-

Wenn im Unterschied zur KWG und DFG die Preußische Akademie der Wissenschaften seit 1933 finanziell dahinkegerte und seit 1940/41 sogar Etatkürzungen hinnehmen mußte, obwohl Karl Theodor Vahlen ab 1939 (kommissarisch) zum Präsidenten der Akademie ernannt worden war, dann kann dies als Indikator dafür genommen werden, daß das NS-Regime in erster Linie die Natur- und Technikwissenschaften förderte, während die traditionellen Geistes- und Sozialwissenschaften, der Schwerpunkt der Akademie-Tätigkeit, seit 1936/37 bzw. 1941 vernachlässigt wurden. Ausgenommen waren hier die anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften, etwa die „Raumforschung“, die vor dem Hintergrund der „Ostexpansion“ an Bedeutung gewann. Die sehr unterschiedlichen Etatsentwicklungen von KWG, DFG/Reichsforschungsrat und Preußischer Akademie spiegeln also auch den Bedeutungsgewinn bzw. -verlust der verschiedenen Wissenschaftsbereiche.

Selbst das im Vergleich vor allem zum Akademie-Etat explosionsartige Wachstum des KWG-Etats bringt die massive Privilegierung der für eine moderne Kriegsführung zentralen technik- und naturwissenschaftlichen Forschungsfelder noch nicht angemessen zum Ausdruck. Noch stärker tritt die Förderung der kriegsrelevanten Natur- und Technikwissenschaften hervor, wenn man die Etats der Institute aus dem Gesamtetat herausrechnet, die außerhalb dieser Wissenschaftsfelder tätig waren. Die KWG besaß ihren Schwerpunkt zwar im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften und der biologischen und medizinischen Disziplinen, sie verfügte jedoch auch über einige geistes- und rechtswissenschaftliche Institute. Wenn man die Entwicklung der Etats für die wichtigsten KWI nach Sektionen zusammenfaßt, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 2: Entwicklung der Etats ausgewählter KWI nach Sektionen (Index: 1932/33 = 100,0) (a)

	Natur- und technikwissenschaftliche KWI (b)		Biologische und medizinische KWI (c)		Geistes-, kultur- und rechtswissenschaftliche KWI (d)		KWG insgesamt (e)
	absolut (RM)	Index	absolut (RM)	Index	absolut (RM)	Index	
1929/30	2.298.900	133,1	1.311.600	104,4	757.400	118,9	102,8
1930/31	2.433.800	140,9	1.689.100	134,5	757.100	118,8	96,6
1932/33	1.727.300	100,0	1.255.900	100,0	637.100	100,0	100,0
1933/34	1.492.900	86,4	1.176.600	93,8	610.800	95,9	105,8
1935	1.840.700	106,6	1.168.200	93,0	633.100	99,4	106,5

meinschaft 1920–1970, Bonn 1970, S. 49–67; Notker Hammerstein, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftsgeschichte in Republik und Diktatur 1920–1945, München 1999; Lothar Mertens, „Nur politisch Würdige“. Die DFG-Forschungsförderung im Dritten Reich 1933–1937, Berlin 2004. Ausführlich dazu Flachowsky, Reichsforschungsrat.

	Natur- und technikwissenschaftliche KWIs (b)		Biologische und medizinische KWIs (c)		Geistes-, kultur- und rechtswissenschaftliche KWIs (d)		KWG insgesamt (e)
	absolut (RM)	Index	absolut (RM)	Index	absolut (RM)	Index	Index

1936	2.032.100	117,6	998.900	79,5	640.700	100,6	107,8
1937	2.434.300	140,9	1.302.200	103,7	673.300	105,7	140,4
1938	2.925.100	169,3	1.440.000	114,7	622.900	97,8	181,7
1939	3.418.600	197,9	1.470.700	117,1	642.800	100,9	194,5
1940	2.803.400	162,3	1.428.000	113,7	636.300	99,9	204,2
1941	3.430.600	198,6	1.449.700	115,4	718.800	112,8	195,7
1942	3.433.100	198,8	1.371.400	109,2	758.700	119,0	269,3
1943	3.600.000	208,4	1.394.600	111,0	748.100	117,4	276,8
1944	3.889.500	225,2	1.419.900	113,1	741.200	116,3	272,7

(a) Ausgewählt wurden nur solche Kaiser-Wilhelm-Institute, für die von 1929/30 bis 1944 durchgängige Zeitreihen vorlagen, also weder Neugründungen noch Institute, deren Etats Lücken aufwiesen.

(b) Kaiser-Wilhelm-Institute für Chemie, für physikalische und Elektrochemie, für Metall-, für Eisen-, für Silikat-, für Leder-, für Strömungs- sowie für Kohlenforschung (Mülheim und Breslau).

(c) Kaiser-Wilhelm-Institute für Biologie, für Biochemie, für Anthropologie, für medizinische Forschung, für Hirnforschung, Biologische Station Lunz, Hydrobiologische Anstalt Plön und Deutsches Entomologisches Institut.

(d) Bibliotheca Hertziana bzw. Kaiser-Wilhelm-Institut für Kunst- und für Kulturwissenschaft, für Deutsche Geschichte und für ausländisches Privat- sowie für ausländisches internationales und Völkerrecht.

(e) Sämtliche Kaiser-Wilhelm-Institute, also auch einschließlich der vor allem seit 1938 vermehrten Neugründungen.

Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“, Bd. 2, S. 1276–1280 (Tabelle 2.9 im Anhang) sowie Tabelle 1.

Die natur- und technikwissenschaftlichen Institute expandierten ebenso wie die agrarwissenschaftlichen Einrichtungen der KWG in weit überdurchschnittlichem Maße²⁸. Die biologisch-medizinische Sektion war zwar namentlich von 1937 bis 1939 im Aufwind; während des Krieges stagnierten die Zuschüsse an diese KWIs dann jedoch weitgehend. Die geistes- und rechtswissenschaftlichen Institute schließlich befanden sich auch innerhalb der KWG auf der Verlierer-Seite; ihre Etats lagen zusammengenommen sowohl bei Kriegsbeginn als auch im letzten Kriegsjahr deutlich unter dem Niveau von 1929 bis 1931²⁹.

²⁸ Der Etat des KWI für Züchtungsforschung, der 1929/30 bei 207.300 RM und 1932/33 bei 242.800 RM gelegen hatte, stieg bis 1937 auf 853.100 RM und lag 1944 schließlich bei 1.575.600 RM. Bei den Angaben zur Etatentwicklung der technik- und naturwissenschaftlichen KWI ist u. a. zu berücksichtigen, daß die Industrie – die diese Institute zu einem erheblichen Teil finanzierte – bei Kriegsbeginn ihre Zuwendungen an die KWG vorübergehend reduzierte.

²⁹ Innerhalb dieser Sektion ist freilich in besonders starkem Maße nach Instituten und ihren jeweiligen Funktionen zu unterscheiden. Aus dem Rahmen fiel namentlich das 1938 aus der

Die Angaben beider Tabellen beziehen sich im übrigen lediglich auf den ausgewiesenen Etat. Darüber hinaus verfügten die KWG und vor allem ihre rüstungswichtigen Institute noch über diverse „schwarze Kassen“, wie folgendes Beispiel zeigt: Ende 1938 offerierte der SS-Oberführer Paul Zimmermann dem Kuratorium des KWI für Metallforschung, dem er als Mitglied angehörte, „beträchtliche Mittel“, die die „Übermittlungsstelle für Metalle“ aus Bußen der Unternehmen wegen Übertretung von Zoll- und Devisenbestimmungen angesammelt hatte. Die übrigen Kuratoriumsmitglieder freuten sich über diesen Geldsegen für das Metall-Institut, legten jedoch fest, daß diese Zuwendung auf keinen Fall im offiziellen Etat auftauchen dürfe³⁰. Das war kein Einzelfall. Stichproben haben ergeben, daß der tatsächliche Etat kriegsrelevanter Institute seit 1937/38 um bis zu 30 Prozent über dem nominellen Etat lag.

Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs verlieren die Angaben zu den nominellen Etats freilich an Aussagekraft. Privilegierter Zugang zu den entscheidenden Ressourcen, also die Vergabe höchster „Dringlichkeitsstufen“ für die einzelnen Forschungsprojekte und der Titel „Bedarfsstelle 1. Ordnung“ für einzelne Institute, wurde zur zentralen „Kriegswährung“. Auch in dieser Hinsicht agierte die Generalverwaltung unter Ernst Telschow höchst erfolgreich: Von 1936 bis 1941 war Telschow „Forschungskordinator“ zunächst innerhalb des Rohstoff- und Devisenstabes, seit 1938/39 dann des wirtschaftlich und wissenschaftspolitisch sehr bedeutsamen Reichsamtes für Wirtschaftsausbau³¹. Damit verfügte der 1937 als KWG-Generalsekretär inthronisierte Telschow über einen privilegierten Zugang zu den für effiziente Forschung zentralen personellen und materiellen Ressourcen. Im Sommer und Herbst 1939 erhielt er drei weitere wichtige Funktionen: Er wurde „Mobilisierungsbeauftragter“, „Reichsverteidigungsreferent“ und „Abwehrbeauftragter“. Um zum „Abwehrbeauftragten“ ernannt zu werden, mußte Telschow nicht nur das Vertrauen der Partei genießen, sondern darüber hinaus exzellente Kontakte zur Gestapo und zum SD, zum Sicherheitsdienst der SS, besitzen. Allein diese Funktionen sowie darüber hinaus vielfältige weitere, enge Kontakte Telschows in die politischen Zentren der Diktatur erklären wesentlich die erfolgreiche Mobilisierung der für die KWG notwendigen finanziellen, materiellen sowie personellen Ressourcen.

Telschow war nicht der einzige, der so gut vernetzt war. Gute und beste Beziehungen zu maßgeblichen NS-Funktionsträgern besaßen auch etwa Ludwig Prandtl, der Direktor des KWI für Strömungsforschung und der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen, und andere starke Leiter wichtiger KWG-Institute wie Peter Adolf Thiessen als Direktor des KWI für physikalische und

Bibliotheca Hertziana separierte und zu erheblichen Teilen vom Auswärtigen Amt finanzierte KWI für Kulturwissenschaft in Rom, de facto ein auslandspolitisches Propagandaforum des NS-Regimes, dessen Etat sich zwischen 1938 und 1943 fast verdreifachte. Vgl. Anm. 9.

³⁰ Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des KWI für Metallforschung vom 1. 11. 1938, in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1893, Bl. 245–251, hier Bl. 247.

³¹ Zum Aufbau und Selbstverständnis dieses Amtes und seiner wissenschaftspolitischen Bedeutung vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, bes. Bd. 1, S. 286–292, u. Bd. 2, S. 866–875.

Elektrochemie, Richard Kuhn und Wilhelm Eitel als Leiter des Heidelberger Instituts für medizinische Forschung bzw. des Dahlemer KWI für Silikatforschung oder der 1936 berufene Leiter des KWI für Biochemie und spätere MPG-Präsident Adolf Butenandt. Enge und engste Kontakte zu den braunen Machthabern unterhielten außerdem namhafte Industrielle und Bankiers aus dem Senat und Verwaltungsausschuß der Wissenschaftsgesellschaft, etwa der „starke Mann“ der Deutschen Bank Emil Georg Ritter v. Stauß, die „Stahlbarone“ Gustav Krupp von Bohlen und Halbach und Hermann Röchling, der Chef des – damals noch in die Siemens-Schuckert-Werke und die Siemens & Halske AG aufgespaltenen – größten elektrotechnischen Konzerns in Europa Carl Friedrich v. Siemens sowie nicht zuletzt Albert Vögler, der schon lange vor seinem Amtsantritt als KWG-Präsident Mitte 1941 die einflußreichste Persönlichkeit innerhalb der KWG-Führungsgremien war.

Vögler, der Gründer und Lenker der Vereinigten Stahlwerke, prägte überhaupt die deutschen Wissenschaften seit den zwanziger Jahren in ganz starkem Maße, neben seinen Funktionen innerhalb der KWG u. a. als langjähriger Vorsitzender der Helmholtz-Gesellschaft, die er 1920 mitbegründet hatte, ab 1934 als einer der stellvertretenden Vorsitzenden der DFG, deren Gründung 1920 – noch unter dem Namen „Notgemeinschaft deutscher Forschung“ – gleichfalls wesentlich auf ihn sowie einige weitere der KWG nahestehende Wissenschaftspolitiker wie Fritz Haber und Schmidt-Ott zurückging, als zeitweiliger Vorstandsvorsitzender des Deutschen Museums in München (1927 bis 1930) sowie ab 1941 als Mitglied des Senats der für die Luftfahrtforschung zentralen Lilienthal-Gesellschaft. Auch ist Vöglers politische Bedeutung kaum zu überschätzen, ein Faktum, das seiner wissenschaftspolitischen Rolle zusätzliches Gewicht verschaffte. Einfluß erlangte er hier nicht aufgrund der Übernahme von Ämtern, sondern aufgrund zahlloser informeller Beziehungen hinter den Kulissen³². Unter anderem war Vögler seit Mitte der dreißiger Jahre – aller Interessenkonflikte zwischen „Hermann-Göring-Werken“ und Vereinigten Stahlwerken zum Trotz – ein wichtiger wirtschaftspolitischer Berater Hermann Görings. 1942 wurde er zum Mentor und engsten Ratgeber Albert Speers. Vögler, der bei Hitler durchgesetzt hatte, daß Speer bereits im Februar 1942 mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet wurde, die diesen für zwei Jahre zu einer Art Rüstungssuperminister machten³³, konnte infolgedessen noch in den letzten Kriegsjahren für Bauten der KWG, aber auch zur Mobilisierung personeller Ressourcen vom Reichsminister für Rüstung und Kriegproduktion die höchste und nur sehr selten von Speer persönlich vergebene „DE-Dringlichkeitsbescheinigung“ erhalten, „was anderen Sterblichen nicht mög-

³² Die Machtstellung Vöglers während der NS-Zeit wird ausführlich thematisiert in: Hachtmann, Wissenschaftsmanagement.

³³ Zu der Sitzung vom 13. 2. 1942, auf der Speer weitreichende Kompetenzen erhielt, die ihn bis 1944 zum „Rüstungsdiktator“ machten, vgl. Albert Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1976, S. 215 f.; Joachim Fest, *Speer. Eine Biographie*, Frankfurt a. M. 2001, S. 189; Gitta Sereny, *Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma*, München 1995, S. 339 f., sowie vor allem Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Bd. II: 1941–1943, Berlin 1985, S. 59 f.

lich ist“, wie der Präsident der Physikalisch-technischen Reichsanstalt und Fachspartenleiter „Physik“ im Reichsforschungsrat Abraham Esau einmal verärgert bemerkte³⁴. Adolf Butenandt, in den sechziger und siebziger Jahren als MPG-Präsident selbst einer der erfolgreichsten deutschen Wissenschaftsmanager, hat die große Bedeutung der Achse Speer/Vögler für die KWG später lakonisch in die folgenden Worte gefaßt: „Ein Mann, der täglich mit Speer spricht, war natürlich für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft lebensrettend in der letzten Kriegsphase.“³⁵ In der Tat war es vor allem Vögler und seinem Adlatus Telschow zu verdanken, daß der weitere wissenschaftliche Aufstieg der KWG bis in das letzte Kriegsjahr hinein durch keine politischen und materiellen Barrieren aufgehalten wurde.

Wenn Telschow und Vögler während der NS-Herrschaft ausgesprochen erfolgreich im (wie sie es verstanden) „Interesse der KWG“ agierten, dann lag dies freilich auch daran, daß ihr Handeln in spezifische politische Traditionen eingebettet war. Die beiden wichtigsten dieser Formen von „Politik“, die die Generalverwaltung und die Leitungsorgane der KWG lange vor 1933 ausbildeten, sollen im folgenden kurz vorgestellt werden. Zunächst geht es um die Beziehungen zu den jeweiligen politischen Entscheidungsträgern in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ sowie um die Finanzpolitik der Generalverwaltung. Dieser Aspekt der KWG-Politik wird unter das Schlagwort: „Die KWG verhandelt mit sich selbst“ gestellt. Danach werden die informellen Netzwerke angesprochen, die die Repräsentanten der KWG sowie die Generalverwaltung und hier namentlich deren Spitzen, der bis 1937 amtierende Generaldirektor Friedrich Glum und sein Nachfolger Ernst Telschow, aufbauten. Anschließend wird die Politik des „Sachzwanges“ exemplarisch thematisiert – ein sich unpolitisch gerierender skrupelloser Pragmatismus, der das Handeln der KWG-Generalverwaltung vor allem seit 1937 charakterisierte. Zum Schluß wird dann diskutiert, welche Rückschlüsse sich aus dem „Fallbeispiel“ KWG auf das Verhältnis von Wissenschaften, Wissenschaftsmanagement und „Politik“ für die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur allgemein ziehen lassen.

„Die KWG verhandelt mit sich selbst“

Seit ihrer Gründung praktizierte die KWG eine Politik, die darauf hinaus lief, möglichst alle wichtigen politischen Entscheidungsträger an sich zu binden. Dies geschah unter anderem dadurch, daß man die einflußreichsten Ministerialbeamten in den Senat bzw. in den Verwaltungsausschuß, also den engeren Führungskreis der KWG, wählte, so daß die KWG in entscheidenden Verhandlungen, in denen es um die Finanzen der Gesellschaft oder um die Gründung von Instituten ging, de facto „mit sich selbst verhandelte“. Das begann schon vor der Gründung der

³⁴ Esau an Metzel, 24. 11. 1942, in: MPG-Archiv, Abt. III, Rep. 83, Nr. 250. Zu Esau vgl. vor allem Dieter Hoffmann/Rüdiger Stutz, Grenzgänger der Wissenschaft: Abraham Esau als Industriephysiker, Universitätsrektor und Forschungsmanager, in: Uwe Hoßfeld/Jürgen John/Oliver Lemuth/Rüdiger Stutz (Hrsg.), „Kämpferische Wissenschaft“. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 136–179.

³⁵ Interview Kristie Macrakis mit Butenandt und Telschow (Ende Mai 1985), in: MPG-Archiv, Abt. III, Rep. 83, Nr. 10, S. 37 f.

Gesellschaft, als Adolf v. Harnack, der zwei Jahre später der erste KWG-Präsident werden sollte, 1909 mit „Vertretern des preußischen Kultusministeriums“ zusammentraf, um über die Finanzierung der künftigen KWG zu diskutieren. Wer waren die beiden „Vertreter des preußischen Kultusministeriums“? Sie hießen Friedrich Schmidt-Ott und Hugo Andres Krüß. Krüß war bis Mitte der zwanziger Jahre im Preußischen Kultusministerium für die Hochschulpolitik zuständig und amtierte seit 1925 als Generaldirektor der Staatsbibliothek. Schmidt-Ott war bis 1917 – unter dem Anfang des 20. Jahrhunderts „allmächtigen“ preußischen Ministerialdirektor Friedrich Althaus – der einflußreichste Wissenschaftspolitiker im Preußischen Kultusministerium und 1917/18 kurzzeitig preußischer Kultusminister. Aufgrund ihres großen Einflusses wurden Schmidt-Ott und Krüß in die Führungsgremien der KWG kooptiert. Schmidt-Ott amtierte von 1919 bis 1937 als Zweiter Vizepräsident der KWG und hatte von 1920 bis 1934 außerdem die Präsidenschaft der Notgemeinschaft/DFG inne. Krüß wurde 1925 in den Verwaltungsausschuß, das Führungsgremium der KWG, berufen und fungierte von 1937 bis 1945 als einer der drei Vizepräsidenten der KWG. Schmidt-Ott und Krüß waren überzeugte Monarchisten und handelten aus einem borussisch getönten Nationalbewußtsein heraus. Indes zogen nicht nur die KWG, sondern auch Schmidt-Ott und Krüß – beides statusbewußte Persönlichkeiten – aus dieser engen Beziehung durchaus konkrete Vorteile, weil ihre politische Stellung und ihr gesellschaftliches Ansehen durch die Kooptation in die KWG-Führung weiter aufgewertet wurden. Daß der preußische Staat in Gestalt von Krüß und Schmidt-Ott sowie der Spiritus rector und erste Präsident der KWG, gleichzeitig ein enger Vertrauter Wilhelms II., in den Verhandlungen von 1909 rasch Einigkeit erzielten, kann nicht überraschen³⁶.

Ein zweites Beispiel für das mit dem Schlagwort „Die KWG verhandelt mit sich selbst“ umschriebene Phänomen sind die „Reich-Länder-Beratungen“ im Jahre 1922, in denen ein dauerhaft hoher Staatszuschuß für die KWG festgeschrieben wurde. An diesen Beratungen nahmen von seiten der Wissenschaftsgesellschaft Haber, Harnack, Planck und Schmidt-Ott teil, der nun als Vizepräsident der KWG die Interessen der KWG repräsentierte. Als Vertreter des preußischen Kultusministeriums bzw. Reichsinnenministeriums traten auf: der spätere Direktor des KWG-Instituts für internationales öffentliches Recht, Viktor Bruns, dann Krüß sowie Carl Heinrich Becker, einer der einflußreichsten preußischen Wissenschaftspolitiker und 1921 sowie 1925 bis 1930 preußischer Kultusminister; Becker wurde 1930 als Dritter Vizepräsident in den engsten Führungszirkel der KWG gewählt. Krüß fungierte bei den Verhandlungen 1922 gegenüber der preußischen und der Reichsregierung außerdem als offizieller Berichterstatter³⁷. Wie die Verhandlungen ausgingen und was Krüß in seinen Berichten zu Papier brachte, liegt auf der Hand.

³⁶ Vgl. Susanne Pillokat, Die Öffentlichkeitsarbeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (KWG), (Ms.), Mainz 1995, Bd. 2, Anhang B (Dokumente): B 4 Rs.

³⁷ Vgl. Peter-Christian Witt, Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/19 bis 1934/35, in: Vierhaus/Brocke (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 579–656, hier S. 594.

Krüß, Becker und Schmidt-Ott waren nicht die einzigen, die ihren politischen Einfluß zugunsten der KWG geltend machten. Stellvertretend für viele weitere Namen sei lediglich ein weiterer genannt: Friedrich Saemisch, 1921 kurzzeitig preußischer Finanzminister, war über den langen Zeitraum von 1922 bis 1938 Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches und der Preußischen Oberrechnungskammer. Von 1922 bis 1934 vereinigte er darüber hinaus die Funktion des Chefs des deutschen Rechnungshofes mit der des „Reichssparkommissars“ in seiner Person. Seit Ende der zwanziger Jahre saß Saemisch mit am Tisch des Reichskabinetts. Er besaß mehr Einfluß als die jeweiligen Finanzminister, die bis 1933 häufig wechselten. Nach 1933 wuchs sein Einfluß sogar noch. 1938 wurde er von Hitler persönlich mit warmen Worten in den eigentlich schon lange erreichten Ruhestand entlassen.

Friedrich Saemisch, der mit Abstand „einflußreichste Präsident des Reichsrechnungshofes“ im 20. Jahrhundert³⁸, wurde, kaum daß er sein Amt angetreten hatte, 1922 zum KWG-Senator ernannt und rückte rasch in den engsten Führungszirkel der KWG auf. Das war pikant: Denn als Reichssparkommissar und als Präsident des Rechnungshofes hatte er eigentlich die staatlichen Etats zu überprüfen und Kürzungsvorschläge zu machen. Als Mitglied des engsten Führungszirkels der KWG sorgte er aber dafür, daß die Zuwendungen der öffentlichen Hand an die KWG selbst während der Krise noch großzügig flossen und das recht autokratische Finanzgebaren der Generalverwaltung unter Glum nicht überprüft wurde. Nach seiner Pensionierung 1938 wechselte Saemisch (wenn man so will) erneut das Kostüm – und wurde zum persönlichen Rechtsberater des neuen KWG-Generalsekretärs Telschow. In dieser Funktion sorgte Saemisch dafür, daß auch nach 1938 der Rechnungshof und andere staatliche Instanzen der Generalverwaltung in Geldfragen nicht allzu genau auf die Finger schauten.

Allgemein kann man feststellen, daß es den genannten politisch einflußreichen Persönlichkeiten in der KWG auch nach 1933 gelang, scheinbar sachfremde politische Interventionen abzuwehren: etwa die des „Deutschen Physikers“, Physikalisch-technischen Reichsanstalt- und DFG-Vorsitzenden Johannes Stark, der im Herbst 1933 die KWG auflösen und seinen insgesamt drei geplanten „Reichsanstalten“ einverleiben wollte, oder die des Reichserziehungsministers Rust, der 1935 die KWG in seiner „Reichsakademie der Forschung“ stärker ans Gängelband nehmen wollte, als der Gesellschaft lieb war. Entscheidend waren in beiden Fällen Interventionen Albert Vöglers³⁹.

Obwohl die KWG die Phase der Regimeetablierung gut überstand, schien sie bis 1936 wissenschaftspolitisch dennoch schwach zu sein und zeitweilig sogar zum Spielball der neuen Machthaber zu werden. Das hatte mehrere Gründe, einer ist

³⁸ Vgl. Franz O. Gilles, Der Reichsrechnungshof zwischen obrigkeitstaatlicher Tradition und geforderter Demokratisierung, in: Theo Pirker (Hrsg.), Rechnungshöfe als Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschung, Berlin 1987, S. 19–34 u. S. 24 ff.; Rainer Weinert, „Die Sauberkeit der Verwaltung im Kriege“. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches 1938–1946, Opladen 1993, S. 57.

³⁹ Vgl. ausführlich Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 1, S. 465–471.

besonders wichtig: Friedrich Glum fand als Generaldirektor nach der NS-„Macht ergreifung“ keinen direkten Zugang zu den Spitzen des neuen Regimes. Sein Nachfolger Telschow, angesichts des schwachen Präsidenten Carl Bosch neben Vögler die zentrale Figur der KWG seit 1937, leitete hier die Wende ein. Ihm gelang es, beste Kontakte zu höchsten Funktionsträgern der NS-Diktatur herzustellen. Dies geschah unter anderem dadurch, daß hochrangige Politiker in die wichtigen Führungsgremien der KWG kooptiert wurden. Herbert Backe etwa, der starke Mann im Reichsernährungsministerium – und (erst) Anfang April 1944, als Nachfolger Darrés, zum Reichsminister und Reichsbauernführer ernannt –, wurde 1937 in den Senat aufgenommen und 1941 zum Ersten Vizepräsidenten der KWG ernannt, in die er wichtiges politisches und ökonomisches Kapital einbrachte. Ähnliches gilt für Rudolf Mentzel, der lange vor seiner Ernennung zum Leiter des „Amtes Wissenschaft“ im Frühjahr 1939 wissenschaftspolitisch die einflußreichste Persönlichkeit im Reichserziehungsministerium war und außerdem seit 1936 als DFG-Vorsitzender fungierte. Der „Alte Kämpfer“ Mentzel zählte gleichfalls zum Bekanntenkreis Telschows, wurde 1937 Senator der KWG, gehörte zum engeren Beirat des Präsidenten und stieg 1941 zum Zweiten Vizepräsidenten der KWG auf. Zu nennen wären zahlreiche weitere Namen, etwa Carl Krauch und Görings „rechte Hand“ Eduard Milch, die beide gleichfalls 1937 und 1938 in den engeren Beirat des KWG-Präsidenten aufgenommen wurden, oder der Leiter des „Rassenpolitisches Amt“ der NSDAP Walter Groß und der Münchner Oberbürgermeister, Vorsitzende des „Deutschen Gemeindetages“ und Leiter des „Reichsamtes für Kommunalpolitik“ der NSDAP Karl Fiehler, die seit 1934 bzw. 1937 im KWG-Senat saßen. Auch führende Vertreter der Wehrmacht gehörten den Kuratorien der einschlägigen Institute an.

Informelle Netzwerke und politische Positionierungen der KWG- Generalverwaltung während der „Ära Glum“ (bis 1937)

Gesichert und ausgebaut wurde die enge institutionelle Verflechtung durch informelle Netzwerke. Auch diese Politik hatte innerhalb der KWG eine Tradition, die weit in die zwanziger Jahre zurückreicht. Glum und seine beiden Stellvertreter in der Generalverwaltung, Adolf Morsbach und Max Lucas v. Cranach⁴⁰, waren führende Mitglieder im „Deutschen Herren-Klub“, der höchst einflußreichen rechtskonservativen, elitären Stütze vor allem des Präsidialkabinetts v. Papen. Morsbach gehörte als Direktoriumsmitglied sogar zur Führungsspitze des Herrenklubs⁴¹.

⁴⁰ Cranach (1885–1945), Major, hatte von 1922 bis 1925 in führenden Positionen des Siemens-Konzerns gearbeitet, ehe er im Oktober 1925 als leitender Angestellter zur Generalverwaltung wechselte. Als KWG-„Direktor“ war er seit Ende 1933 offiziell Stellvertreter Glums. Ende 1937 wurde er gemeinsam mit Glum entlassen. Während des Zweiten Weltkrieges diente er zunächst als Generalstabsoffizier, 1944 wurde er Abwehrbeauftragter bei der Siemens & Halske AG. Anfang Mai 1945 von Angehörigen der Roten Armee verhaftet, starb Cranach Mitte desselben Jahres in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Sachsen. Zu Morsbach vgl. Anm. 48.

⁴¹ Die drei führenden Angestellten der Generalverwaltung waren nicht die einzigen aus den Reihen der KWG, die zugleich Mitglieder in dieser rechtskonservativ-elitären Vereinigung

Die drei leitenden Angestellten der Generalverwaltung saßen auch im kaum weniger bedeutsamen „Nationalen Klub“, der Anfang der dreißiger Jahre das Verständnis zwischen dem rechtskonservativen Großbürgertum und Teilen der NS-Bewegung förderte. Vorsitzender des „Nationalen Klubs“, der übrigens im Unterschied zum „Herrenklub“ deutlich antisemitisch geprägt war, war von 1930 bis 1936 Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, der bereits Anfang der zwanziger Jahre freundschaftliche Beziehungen zu Hitler geknüpft hatte, ab 1931 außerdem der einflußreichen „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“ vorsah und nach 1933 zahlreiche weitere hohe Funktionen in NS-Verbänden übernahm. 1933 wurde er in den Senat der KWG und 1934 zum Ersten Schriftführer, mithin in die Führungsspitze der KWG gewählt.

Glum, Cranach und Morsbach und weitere führende Repräsentanten der KWG trafen im Herren- wie im „Nationalen Klub“ und anderen Gesellschaften dieser Art Leute von herausragendem Einfluß, mit denen sie sich nicht zuletzt deshalb gut verstanden, weil sie ähnlich dachten wie sie und ihre politischen Überzeugungen teilten. Besonders stark exponierte sich der KWG-Generaldirektor. In seiner 1930 veröffentlichten Schrift „Das geheime Deutschland“ dachte Glum „mit staunender Bewunderung an die Macht des faschistischen Geistes“. Die Mussolini-Diktatur habe der italienischen Nation „neue sittliche Antriebe gegeben“, schwärmte er, um dann wortreich über den „geistigen Inhalt der faschistischen Idee“ zu fabulieren, die das gerade Gegenteil des „materialistischen Geistes“ sei, das Gegenteil von „Zank und Streit“ und der „Kämpfe politischer Cliquen im Parlamentarismus“⁴². Diese Schwärmerei Glums für den italienischen Faschismus, bei gleichzeitiger Distanz zu der in seinen Augen weniger kultivierten NS-Bewegung und zu einer monolithischen „Parteidiktatur“⁴³, blieb keine Episode. Der KWG-Generaldirektor begeisterte sich Zeit seines Lebens für den italienischen Faschismus⁴⁴.

waren. Außerdem gehörten dem Berliner Herrenklub, der Anfang der dreißiger Jahre etwa vierhundert Mitglieder zählte, fünfzig Persönlichkeiten an, die nachweislich zugleich „Fördernde Mitglieder“ oder sogar Senatoren bzw. Verwaltungsausschußmitglieder der KWG waren. Sie sind namentlich aufgeführt in: Rüdiger Hachtmann, Vernetzung um jeden Preis. Zum politischen Alltagshandeln der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich“, in: Helmut Maier (Hrsg.), Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Organisation kriegsrelevanter Forschung und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im NS-System, Göttingen 2007, S. 77–152, hier S. 146–149 (Tabelle 1); vgl. ferner ders., Wissenschaftsmanagement, Bd. 1, S. 155–159.

⁴² Friedrich Glum, Das geheime Deutschland, Gräfenhainichen 1930, Zitate S. 9 u. S. 11 f. Zu dem Buch vgl. Bernd Weisbrod, Das „Geheime Deutschland“ und das „Geistige Bad Harzburg“: Friedrich Glum und das Dilemma des demokratischen Konservativismus am Ende der Weimarer Republik, in: Christan Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen, Berlin 1995, S. 285–308, bes. S. 290 ff.

⁴³ Vgl. Glum, Das geheime Deutschland, S. 70.

⁴⁴ 1933 bis 1936 hielt Glum Vorlesungen an der Friedrich-Wilhelms-Universität sowie öffentliche Vorträge (u. a. in Danzig und Rom), in denen er die „geistigen Grundlagen“ des Nationalsozialismus und vor allem des italienischen Faschismus in höchsten Tönen pries. Anfang 1936

Anfang der dreißiger Jahre stieß er mit derartigen Äußerungen bei den alten Eliten auf große Zustimmung, suchten doch zahlreiche Angehörige des Bildungsbürgertums, des industriellen Großbürgertums und des Adels nach einem autoritären „Ausweg“ aus der krisengeschüttelten Weimarer Republik; die Diktatur des „Duce“, die ja – für die Kreise in Deutschland, die auf eine Renaissance der Hohenzollern hofften, hochattraktiv – monarchistisch eingehegt blieb, war ein allorten diskutiertes Vorbild⁴⁵. Dieser Enthusiasmus für den italienischen Faschismus, den Glum auch in zahlreichen Vorträgen vor Studenten, vor den Honoratioren der geheimnisumwitterten „Ruhrlade“ sowie den Sprößlingen der Ruhrindustriellen, der „jungen Ruhrlade“, zum Ausdruck brachte⁴⁶, erklärt, warum der KWG-Generaldirektor Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre innerhalb des rechtskonservativ-semi-faschistischen Lagers als ein hoffnungsvoller Exponent der „Konservativen Revolution“ galt.

Wenn Glum nach der „Machtergreifung“ keinen Zugang zu den zentralen politischen Entscheidungsträgern der Hitler-Diktatur fand, dann lag dies weniger an seinen Sympathien für den italienischen Faschismus und dem Tatbestand, daß das Verhältnis zwischen den beiden faschistischen Regimes bis 1935/36 gespannt war. Entscheidend war vielmehr der Antiintellektualismus des NS-Regimes. Die neuen Machthaber nahmen dem KWG-Generaldirektor übel, daß er es sich auch noch in den ersten Jahren der Hitler-Diktatur herausnahm, gleichsam von oben herab, als großbürgerlicher Exponent der „Konservativen Revolution“, den Nationalsozialismus und die Politik des Hitler-Regimes öffentlich zu kommentieren. Die Nationalsozialisten wollten bedingungslose politische Gefolgschaft und keine eigenständig denkenden und öffentlich agierenden Individuen. In welcher Weise diese sich konkret äußerten, spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Am Beispiel Glum läßt sich der politisch-ideologische Totalitätswillen des NS-Regimes, der nur innerhalb des eigenen Kosmos' ideologische Kontroversen (z. B. zwischen Darré und Himmler um die „richtige“ Variante des Rassismus⁴⁷)

gewährte ihm Mussolini vor diesem Hintergrund eine lange Audienz. Noch in den sechziger Jahren schwärmte Glum von den angeblichen Errungenschaften des italienischen Faschismus und der „menschlichen Art des Diktators“. Vgl. Friedrich Glum, *Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen*, Bonn 1964, S. 476 ff.; ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 133 ff. u. S. 341–344.

⁴⁵ Zur positiven Rezeption des italienischen Faschismus durch weite Teile des deutschen Bürgertums während der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, in die auch Glums Äußerungen einzubetten sind, vgl. Wolfgang Schieder, *Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik*, in: *Historische Zeitschrift* 262 (1996), S. 73–125, bes. S. 84 ff.; ferner ders., *Faschismus im politischen Transfer. Giuseppe Renzetti als faschistischer Propagandist und Geheimagent in Berlin 1922–1941*, in: Armin Nolzen/Sven Reichardt (Hrsg.), *Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich*, Göttingen 2005, S. 28–58. Zu den Restaurationsplänen der Hohenzollern vgl. Gutsche, *Monarchistische Restaurationsstrategie*, in: Röhl (Hrsg.), *Der Ort Kaiser Wilhelms II.*

⁴⁶ Vgl. Glum, *Wissenschaft, Wirtschaft und Politik*, S. 404 f. u. S. 409.

⁴⁷ Vgl. Uwe Mai, „Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn u. a. 2002, bes. S. 153 u. S. 285; Cornelia Essner, *Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945*, Paderborn u. a. 2002, bes. S. 134–173.

zuließ, exemplarisch demonstrieren⁴⁸. Denn Glum profilierte sich 1933 nicht als Kritiker. Er kommentierte „Machtergreifung“ und „Gleichschaltung“ vielmehr in mehr als wohlwollender Weise. Insbesondere in seinem in der Berliner Börsenzeitung publizierten Artikel „an die Gebildeten in unserem Volke“ vom 4. Oktober 1933 konnte sich Glum vor Begeisterung über den von den Nationalsozialisten inaugurierten „nationalen Aufbruch“ kaum halten. In klassisch preußisch-protestantischem Sprachduktus sprach er dort zunächst davon, daß das „Wichtigste“ sei, „das der Schlüssel zu allem anderen ist, daß wir wirklich seit Luther und den Freiheitskriegen [1813 bis 1815] wieder eine nationale Revolution erleben“. „Das Größte aber an der nationalen Revolution unserer Tage ist, daß sie das ganze politische, soziale und kulturelle Sehnen unseres Volkes zusammenzufassen und zu erfüllen sucht.“ Dem folgten pathetische Elogien auf den „Führer“ und dessen Zerstörungswerk: „Genial, das muß man schließlich auch als ehemaliger Deutschnationaler zugeben, wie er alle Gewerkschaften und Parteien, auch die der Verbündeten, zerstörte und den totalen Staat aufrichtete.“ Anschließend unterstrich Glum, worin er den entscheidenden gemeinsamen Nenner zwischen der NS-Bewegung und den bürgerlichen Eliten sah: „Hitlers weltgeschichtliche Bedeutung besteht darin, Deutschland und damit wohl auch Europa von dem asiatischen, uns artfremden Bolschewismus befreit zu haben.“ Und schließlich resümierend: „[Die] gegenwärtige Bedeutung [des Nationalsozialismus] ist der Durchbruch durch die feindliche Welt undeutschen Geistes, ist der Aufbruch der Nation.“ Am 10. November warb Glum in derselben Zeitung vehement für den Austritt aus dem Völkerbund, wobei er sich mit vielen einflußreichen Repräsentanten der KWG, etwa Albert Vögler oder dem Direktor des KWI für Anthropologie Eugen Fischer, einig wußte.

Solche und ähnliche Lobeshymnen auf den „Führer“ und seine „nationale Revolution“ nützten Glum freilich nichts. Nachgetragen wurde ihm vielmehr, daß er auch in seinem Artikel vom 4. Oktober 1933 einen Ton anschlug, der eingefleischte Nazis befremden mußte, etwa wenn er in einem altväterlichen, großbürgerlichen Duktus davon sprach, „daß der Nationalsozialismus in diesem Sinne [also in Glums Sinne] noch ein Ideal ist, daß vielleicht auch unter der SA, SS und NSBO sich viele befinden, die nicht aus Idealismus, sondern aus Neidinstink-

⁴⁸ Auch einem seiner beiden Stellvertreter, Adolf Morsbach (1890–1937), wurde das eigenständige politische Handeln zum Verhängnis. Um den DAAD, dem Morsbach von 1927 bis 1934 (zusätzlich zu seiner Tätigkeit in der KWG) vorstand, auszubauen, versuchte er nach 1933 eine Bündnispolitik, die sowohl auf Himmler und dessen SS, als auch auf Röhm und die SA setzte. Seine Tragik liegt darin, daß er ausgerechnet am 30. Juni 1934 Kontakt zu Ernst Röhm aufnahm, um jenen als Unterstützer zu gewinnen. Morsbach wurde prompt verhaftet und einhalb Monate in Dachau interniert. Aus dem bayerischen KZ kam Morsbach als „vollständig gebrochener Mann“ zurück. Die Ermordung Röhms scheint er als Augenzeuge miterlebt zu haben. Vgl. Glum, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, S. 323 f., S. 456 u. S. 458; ferner Brocke, KWG in der Weimarer Republik, in: Vierhaus/Brocke (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 267; Volkhard Laitenberger, Akademischer Austausch und auswärtige Kulturpolitik 1923–1945. Der DAAD 1923 bis 1945, Göttingen 1976, S. 43 ff.; Christian Jansen, Exzellenz weltweit. Die Alexander von Humboldt-Stiftung zwischen Wissenschaftsförderung und auswärtiger Kulturpolitik (1953–2003), Köln 2004, S. 38.

ten und Ressentiments zu der Bewegung gestoßen sind“. Nicht nur der schon bald kaltgestellte SA-Flügel der NSDAP oder die SS⁴⁹, auch die „moderateren“ Nazis wollten kein gönnerhaftes Schulterklopfen eines führenden Repräsentanten des Weimarer Jungkonservatismus. Ihr Antiintellektualismus war grundsätzlicher Natur und schloß den Rechtskonservatismus der „Weimarer Systemzeit“ mit ein. Die Nationalsozialisten waren antiintellektualistisch, deshalb jedoch – auch dies zeigt das Exemplum Glum und der Umgang des NS-Regimes mit der KWG nachdrücklich – keineswegs wissenschaftsfeindlich. Die dahinter stehende Haltung, also die Hofierung wissenschaftlicher Experten und die strikte Ablehnung unmaskierter öffentlicher Diskussionen auf der Basis eines breit gefächerten politischen Spektrums (und sei es nur innerhalb der Rechten), war nicht abstrus und widersprüchlich, sondern logisch: Die Nationalsozialisten wollten den „Experten“, den – scheinbar – unpolitischen Techniker oder Wissenschaftler, der sich bereitwillig für die Ziele des NS-Regimes engagierte, jedoch keine politischen Debatten führte. Derartige Diskussionen und Kontroversen hatten das Monopol „Alter Kämpfer“ und führender NS-Funktionsträger, eine Binnenkontroverse der nationalsozialistischen Ideologen zu sein.

Weil die Nationalsozialisten keine politischen Konkurrenten im rechten Lager duldeten, brachte es Glum auch wenig ein, daß er den Vertretern der „Konservativen Revolution“ im Harnack-Haus, dem intellektuellen Mittelpunkt der KWG, ein Forum für politische Auftritte bot. Daß dort beispielsweise Hans Grimm – ein persönlicher Freund Glums und Cranachs, von dem die berühmte Formel vom „Volk ohne Raum“ stammte – und Carl Schmitt auftraten, wurde vom NS-Regime zwar toleriert. Kontakte zu den Spitzen des Regimes ließen sich auf diese Weise jedoch nicht herstellen. Glums Abstieg war infolgedessen seit 1934/35 absehbar. Sein intellektuelles Renommee verpuffte, seine Netzwerke verloren rapide an Bedeutung. Nicht der Abgang Glums überrascht, sondern eher der relativ späte Zeitpunkt seines Rücktritts: Die KWG war als wissenschaftliche Großinstitution einem Tanker vergleichbar, der nicht leicht auf neuen Kurs zu bringen war. Erst mit einem neuen Präsidenten – dem vormaligen Vorstandsvorsitzenden der I. G. Farbenindustrie A. G. und zum Zeitpunkt seiner Wahl 1937 bereits alkoholkranken und depressiven Carl Bosch – wurde auch ein neuer Generalsekretär eingesetzt.

Besten Zugang zu den Spitzen des Regimes – das informelle Networking Ernst Telschows (bis 1945)

Telschow war – anders als das DNVP-Mitglied Glum – kein Rechtsintellektueller. Im Unterschied zu seinem mitunter geschwätzig wirkenden Vorgänger, der neben zahlreichen politischen auch viele verwaltungs- und verfassungsrechtliche Artikel sowie zwei eher schwache Romane geschrieben hatte, trat Telschow, Parteigenosse seit Frühjahr 1933, nie mit politisch-ideologischen Stellungnahmen hervor. Poli-

⁴⁹ Vgl. einen anonymen Artikel („Blick nach innen“) in der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ vom 9. I. 1936.

tisch war der promovierte Chemiker Telschow⁵⁰ ein Mann ohne Eigenschaften oder jedenfalls ohne Vorgeschichte; seine Loyalität der Diktatur gegenüber galt als selbstverständlich. Genau solche Leute wollten die intellektuellen-, nicht jedoch wissenschaftsfeindlichen Funktionsträger des Regimes.

Telschow gelang vor diesem Hintergrund genau das, woran der habilitierte Verfassungsrechtler Glum gescheitert war. Er baute enge Beziehungen zu hohen und höchsten Funktionären des NS-Regimes auf. Dabei bewegte er sich in Beziehungsnetzen, die Ähnlichkeiten, aber auch symptomatische Unterschiede zu den Verbindungen aufwiesen, die Glum unterhielt. Symptomatisch war, daß Telschow Mitte 1936 als einziger aus der Generalverwaltung in den „Aero-Club von Deutschland“ aufgenommen wurde. Dieser Club war im Spätwilhelminismus gegründet und nach 1933 von Hermann Göring zu einer Art Geselligkeits- und Lobbyisten-Vereinigung seines Luftfahrtimperiums umfunktioniert worden. Göring verschaffte dem Aero-Club ein riesiges Klubheim – das vormalige preußische und heutige Berliner Abgeordnetenhaus, das Göring in ein „Haus der Flieger“ umbauen ließ. Als „Stätte der Ruhe und Erholung“, in dem die Clubmitglieder „gleichgesinnte Menschen und Freunde treffen“ können sollten⁵¹, besaß das „Haus der Flieger“ eine eigene Bibliothek, Lesezimmer, einen Speisesaal, der mehrere hundert Gäste fasste, eine Bar, eine Bierstube, ein Billardzimmer, ein Pingpong-Zimmer, einen Gymnastik- und einen Baderaum, ein Dameneßzimmer, separate „Damenzimmer“ sowie zahlreiche weitere intime Räumlichkeiten, in die man sich zurückziehen konnte, um Kontakte zu knüpfen, Informationen auszutauschen und Pläne zu schmieden.

Dem Aero-Club konnte man nicht einfach beitreten. Man wurde kooptiert – ähnlich wie beim „Herrenklub“ bzw. beim „Nationalen Klub“, wobei im Aero-Club allerdings das „Führerprinzip“ galt. Göring selbst nahm neue Mitglieder auf⁵². So fand sich in dem Club die Creme des neuen Regimes, nämlich etwa tausend höchstrangige Angehörige der neuen wie der alten Eliten⁵³. Die Mitgliedschaft im Aero-Club war eine Auszeichnung. Der Generalsekretär der KWG – das

⁵⁰ Telschow (1889–1988) war 1912 einer der beiden ersten Doktoranden Otto Hahns und danach kurzzeitig Assistent am Chemischen Institut der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität gewesen. Von 1917 bis Dezember 1918 fungierte Telschow im Kriegsministerium als Verbindungsoffizier Fritz Habers zur Industrie, dessen elementar kriegswichtiges KWI für physikalische und Elektrochemie im letzten Jahr des Ersten Weltkrieges 1500 Mitarbeiter zählte. Vom Ende des Krieges bis zu seinem Eintritt in die Generalverwaltung der KWG Anfang 1931 führte Telschow die väterliche Konditorei, die er zu einer der bedeutendsten Berliner Großbäckereien mit zahlreichen Filialen erweiterte, nebenbei fungierte er zeitweilig als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Bäckerei- und Konditoreibetriebe Deutschlands. Auf diese Weise sammelte Telschow kaufmännische, verwaltungstechnische und – 1917/18 – wissenschaftsorganisatorische Erfahrungen, die ihn zum künftigen KWG-Generalsekretär geradezu prädestinierten.

⁵¹ So die Formulierung des „Aero-Clubs von Deutschland“ in einem Rundschreiben an die Mitglieder vom 18. 3. 1938, in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 910/2.

⁵² Vgl. Satzung des Aero-Clubs vom 28. 11. 1935, in: Ebenda, Nr. 910/1.

⁵³ Vgl. die Mitgliederliste des Aero-Clubs von Deutschland vom 15. 11. 1938, in: Ebenda, Nr. 910/2. Die wichtigsten Namen sind genannt in: Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 2, S. 712 f.

zeigte sich hier symbolhaft – genoß die Gunst des zweitmächtigsten Mannes des Regimes.

Selbstverständlich war der Aero-Club nicht der einzige Knoten in Telschows informellem Netzwerk. Ein ähnlicher Kommunikationsknotenpunkt mit allerdings stärker wissenschaftlichem Charakter war die Lilienthal-Gesellschaft, der Telschow seit Januar 1937 angehörte⁵⁴; 1941 ließ sich Telschow sogar in den Senat dieser Gesellschaft wählen. Auch außenpolitische Fühler streckte Telschow aus. So wurde er Ende der dreißiger Jahre zum Schatzmeister der deutsch-japanischen Gesellschaft⁵⁵. Am 12. September 1941 fungierte er als Gründungsmitglied der zwecks „Kundgebung der deutsch-slowakischen Freundschaft“ vom SS-Obergruppenführer Werner Lorenz ins Leben gerufenen „Deutsch-slowakischen Vereinigung [für ein neues Europa]“, die unter der Präsidentschaft des Generaldirektors der Reichswerke für Waffen- und Maschinenbau „Hermann Göring“ und späteren Verwaltungsratsvorsitzenden der Skoda-Werke Pilsen, Wilhelm Voss, stand⁵⁶. Auch Klubs und Verbänden, die nicht nur einen dezidiert nationalsozialistischen Charakter besaßen, sondern darüber hinaus der unmittelbaren ideologischen Belehrung und Verständigung dienten, gehörte Telschow an. So war er von 1938 bis 1945 Mitglied der „Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums“, die 1934 von Karl Haushofer im Auftrag von Rudolf Hess ins Leben gerufen worden war; Albert Vögler gehörte dem „Kleinen Rat“ als der Führungsspitze dieser „Akademie“ an, die durch die „Deutsche Stiftung“ finanziert wurde, die 1920 geschaffen worden war, um alle „Deutschtumsorganisationen“ in den Gebieten, die das Deutsche Reich nach dem Versailler Vertrag verloren hatte, klandestine zu finanzieren und zu koordinieren⁵⁷. Nach 1933 wurde die Deutsche Akademie zu einem wichtigen Forum nationalsozialistischer „Deutschtums“-Propaganda. Die Redner, die namentlich während der „Donnerstagsfrühstücke“ der Förderer dieser Gesellschaft auftraten, waren ausgesprochen prominent: Zu ihnen gehörten etwa die NSDAP-Gauleiter Jakob Sprenger, Fritz Sauckel (der spätere „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“), Hubert Klausner, Gustav Adolf Scheel (gleichzeitig Reichsstudentenführer) und Arthur Greiser (zugleich Reichsstatthalter des „Warthegau“), außerdem Roland Freisler und Friedrich Syrup, Ernst Wagemann, Gottfried Feder, Albert Pietzsch (Präsident der Reichswirtschaftskammer), Hermann Esser, Walther Funk, der Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti, aber auch der berühmte Chirurg Ferdinand Sauerbruch und der Präsident der Physikalisch-technischen Reichsanstalt Abra-

⁵⁴ MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 912 bis 914. Zur herausragenden Bedeutung der Lilienthal-Gesellschaft als politisch-wissenschaftlichem Netzwerk vgl. Helmuth Trischler, Raum und Luftfahrtforschung in Deutschland 1900–1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft, Frankfurt a. M./New York 1992, bes. S. 211 f. u. S. 236–239.

⁵⁵ MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 986.

⁵⁶ Ebenda, Nr. 916.

⁵⁷ Vgl. Reinhard Giersch, Deutsche Stiftung (DStg), 1920–1940, in: Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland, Bd. II, Leipzig 1984, S. 359–366.

ham Esau. Die meisten dieser Spitzenleute des NS-Regimes kannte Telschow schon aus dem Aero-Club und anderen Vereinigungen.

Darüber hinaus gelang es Telschow, enge Beziehungen zu fast allen Ministerien und General- bzw. Sonderbevollmächtigten aufzubauen. Eine Ausnahme bildete nur das Propaganda-Ministerium. Um diese Schwachstelle zu beseitigen und um auch dieses Ministerium an die KWG zu binden, wurde 1940/41 ein Institut für filmtechnische Forschung geplant, das dann aber nicht zustande kam. Dennoch besaß Telschow seit 1941 auch zum Goebbels-Ministerium enge Beziehungen⁵⁸.

Gesagt werden muß schließlich noch, daß Telschow persönliche Kontakte zu vielen zentralen politischen Funktionsträgern des NS-Regimes aufzubauen verstand. Diese Feststellung zielt nicht nur auf die Duz-Freundschaft mit dem DFG-Präsidenten und Chef des „Amtes Wissenschaft“ des Rust-Ministeriums Rudolf Mentzel oder die engen Beziehungen zu Herbert Backe, Karl Krauch und anderen⁵⁹. Einen guten Draht unterhielt Telschow außerdem zu einflußreichen NSDAP-Gauleitern wie Erich Koch, Konrad Henlein, Friedrich Hildebrandt, Jakob Sprenger oder Julius Streicher⁶⁰ sowie nicht zuletzt zu Heinrich Himmler⁶¹. Ein wieder anderer Aspekt der Kontaktpflege war, daß sich Telschow seinerseits NS-Funktionsträger der mittleren Spitzenebenen verpflichtete, indem er seine Beziehungen spielen ließ und z. B. Landesminister in Kontakt zu den Reichsspitzen des NS-Regimes brachte⁶², mithin als eine Art Mediator innerhalb des NS-Herrschaftssystems fungierte.

Selbstredend hatte Telschow daneben auch noch wissenschaftspolitisch höchst einflußreiche Positionen inne. Seit Mai 1935 vertrat er beispielsweise die KWG beim „Verband Deutscher Ingenieure“ (VDI) und knüpfte auf diese Weise frühzeitig Kontakte zu Fritz Todt⁶³. Noch wichtiger war, daß Telschow im Juli 1936 – auf Anfrage der IG Farben und auf Empfehlung des Direktors des KWI für medi-

⁵⁸ Vgl. ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 778–784.

⁵⁹ Nach 1945 blieben die Beziehungen Telschows und seiner Mitarbeiter zu Mentzel, Krauch und anderen vormals einflußreichen NS-Wissenschaftspolitikern weiterhin freundschaftlich. Vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, S. 1123 ff., S. 1152 f., S. 1169 f. u. S. 1177, Anm. 351.

⁶⁰ Vgl. dazu ebenda, S. 719 f. Zu berücksichtigen ist, daß die NSDAP-Gauleiter auch ihrerseits an Kontakten zum einflußreichen KWG-Generalsekretär interessiert waren: Nicht wenige von ihnen und ebenso viele Oberbürgermeister wie z. B. Karl Fiehler (München), Friedrich Krebs (Frankfurt a. M.) oder auch Carl Goerdeler (Leipzig) suchten sich mit Kaiser-Wilhelm-Instituten in „ihren“ Gauen oder Städten zu schmücken und die von ihnen verwaltete Region zu einem „Wissenschaftsstandort“ aufzuwerten.

⁶¹ Mindestens einmal, nämlich um die Jahreswende 1938/39, wurde Telschow die Ehre zuteil, beim Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler zu einer Audienz empfangen zu werden. Vgl. Telschow an Himmler, 27. 4. 1939, in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2034, Bl. 280a. Ob es, wie in diesem Schreiben ins Auge gefaßt, zu weiteren Kontakten zwischen beiden kam, geht aus den überlieferten Archivalien nicht hervor.

⁶² Diese dankten dann ihrerseits Telschow die „so oft bewährten wertvollen Sekundantendienste“. Friedrich Scharf, seit Juli 1932 Mecklenburgischer Staatsminister, an Telschow, 7. 2. 1941, in: Ebenda, Nr. 2859.

⁶³ Telschow an Todt, 9. 5. 1935, in: Ebenda, Nr. 1014.

zinische Forschung Richard Kuhn⁶⁴ – das bereits erwähnte Amt des „Forschungskordinators“ innerhalb des eminent wichtigen „Rohstoff- und Devisenstabes“ übernahm. Diese wissenschaftspolitische Schlüsselposition und weitere Funktionen sowie vor allem seine informellen Kontakte ließen Telschow seit Mitte der dreißiger Jahre zu einem der mächtigsten Wissenschaftspolitiker werden. Wie einflußreich seine Stellung inzwischen geworden war, zeigte sich im Hochsommer 1943, als er ein Angebot von Ludwig Prandtl, die verwaltungstechnische Koordination der gesamten reichsdeutschen Luftfahrtforschung zu übernehmen, mit dem Hinweis auf die „Vorzüge“ seiner Stellung als Generalsekretär der KWG ablehnte⁶⁵. Ihm reichte die informell starke Stellung, die er als Wissenschaftspolitiker inzwischen erlangt hatte.

Eine Politik des „Sachzwanges“

Telschow war zwar ein Technokrat der Macht. Zugleich blieb er jedoch der KWG auf das engste verbunden. Als einer derjenigen, denen „Schicksal“ und „Erfolg“ der Wissenschaftsgesellschaft gleichsam ein persönliches Anliegen waren, war er wesentlich auch für eine Politik des „Sachzwanges“, de facto einen skrupellosen Pragmatismus, verantwortlich, wie sie die KWG während der dreißiger und vierziger Jahre praktizierte, wie folgendes Beispiel zeigt:

Ludwig Prandtl, der Direktor des KWI für Strömungsforschung und der Aerodynamischen Versuchsanstalt, bat Ende Dezember 1937 die Generalverwaltung, sich beim Reichserziehungsministerium für Otto Flachsbart einzusetzen. Flachsbart war von 1925 bis 1931 Abteilungsleiter des Instituts für Strömungsforschung sowie der Aerodynamischen Versuchsanstalt gewesen; 1931 ging er als Professor für Mechanik an die TH Hannover, wo er 1937 wegen seiner nach den NS-Gesetzen „jüdischen“ Frau in den vorzeitigen Ruhestand versetzt wurde. Telschow beschied die Bitte Prandtls, Flachsbart zu helfen, mit der Bemerkung, daß die Generalverwaltung für den nach NS-Kriterien „verjudeten Professor“ nichts tun könne. Aufschlußreich ist die Wortwahl, mit der Telschow seine Ablehnung begründete: Eine Eingabe an den zuständigen Minister sei angesichts der, so Telschow wörtlich, „Sachlage“ „vollkommen aussichtslos“⁶⁶. Diese „Sachlage“ selbst, die Frage also, ob es nicht doch Spielraum gegeben hätte, soll hier gar nicht

⁶⁴ Aktennotizen Telschows vom Mai 1936 sowie der weitere Schriftwechsel in: MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 1A, Personalakte (PA) Telschow, Nr. 1; vgl. ferner Glum, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, S. 490. Abgerundet wurde diese wissenschaftspolitische Tätigkeit Telschows durch ergänzende Funktionen in unmittelbar fachwissenschaftlichen interinstitutionellen Gremien. Unter anderem gehörte er seit dem 2. 1. 1938 zum neugegründeten Beirat des Fachausschusses für Kunst und Preßstoffe des VDI und der Fachgruppe Chemie. Vgl. MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1014/6.

⁶⁵ Schriftwechsel zwischen Prandtl und Telschow vom Juli/August 1943, in: MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 1A, PA Telschow, Nr. 1, bzw. ebenda, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 1499; ebenda, Abt. III, Rep. 61 (NL Prandtl), Nr. 2118; vgl. außerdem Epple, Rechnen, Messen, Führen, in: Maier (Hrsg.), Rüstungsforschung, S. 346.

⁶⁶ Telschow an Prandtl, 14. 6. 1938, in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 531/3, Bl. 43 u. Bl. 45.

kommentiert werden. Allein der von Telschow verwendete Begriff „Sachlage“ ist symptomatisch.

Mit dieser Formulierung deutete Telschow an, was dem Handeln der Generalverwaltung auch sonst zugrunde lag: Die KWG und ihre Institute als das große Ganze sollten gesichert und ausgebaut werden, auf das Schicksal einer diskriminierten Minderheit könne und wolle man dabei keine Rücksicht nehmen. Die politisch-ideologischen Vorsätze des Regimes, hier: der Antisemitismus, wurden in technokratischer Manier entideologisiert, Ziele und Handeln des NS-Regimes in Teilschritte zergliedert und jeder einzelne Teilschritt wurde zur „Sachlage“ oder „Sachfrage“ stilisiert.

Diese „Politik des Sachzwangs“ mag Telschow in besonders zugespitzter Form praktiziert haben. „Pragmatisch“ in diesem Sinne agierte die Generalverwaltung jedoch auch schon unter Glum. Die Leichtigkeit, mit der die KWG auf der einen Seite eingefleischte großbürgerliche oder hochadlige Rechtsextremisten wie Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Fritz Thyssen oder den Ritter Georg Emil v. Stauß, Graue Eminenz der Deutschen Bank, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Lufthansa, von BMW und Daimler Benz, der mit Göring befreundet war und auch sonst beste Kontakte zur Hitler-Bewegung besaß, 1933 in den Verwaltungsrat der KWG aufnahm, und auf der anderen Seite jüdische Senatoren wie Rudolf Hilferding oder den bekannten Hamburger Privatbankier Max M. Warburg – ein Mäzen der KWG, den die Generalverwaltung auf Anweisung Glums bereits im Frühjahr 1933 schnitt – oder Fritz Mannheimer, einen in Amsterdam ansässigen jüdischen Bankier, dem die KWG wesentlich zu verdanken hatte, daß sie 1923/24 nicht unerhebliche Teile ihres Vermögens über die Inflation retten konnte⁶⁷, fallen ließ, spricht eine deutliche Sprache.

Man mag nun einwenden, daß sich die Generalverwaltung unter Glum für einige ihrer diskriminierten und von Entlassung bedrohten Institutsdirektoren wie Max Bergmann, Carl Neuberg und Fritz Haber hinter den Kulissen einzusetzen versuchte⁶⁸. Das ist richtig – aber nur ein weiterer Aspekt des für die Generalverwaltung charakteristischen Pragmatismus: Man setzte sich nicht für Juden als Juden ein, sondern nur für diejenigen, von der rassistischen Gesetzgebung der Nationalsozialisten als „Juden“ stigmatisierten herausragenden Wissenschaftler, die mit ihrem Renommee und ihren wissenschaftlichen Leistungen den Ruf der KWG begründet hatten. Auch das für die Generalverwaltung wie die KWG generell handlungsleitende Prinzip der Meritokratie, der Berufung und Beförderung nach wissenschaftlichen Verdiensten, ist mithin ein Aspekt dieses Pragmatismus, der die meisten führenden Repräsentanten der KWG einschließlich Glum, Telschow und Vögler davor bewahrte, einem unterschiedslosen Antisemitismus das Wort zu reden.

Das ändert freilich nichts daran, daß die KWG schon frühzeitig begann, sich bereitwillig in das NS-System einzupassen, und daß sich die meisten Akteure der Wissenschaftsorganisation für die, wie Friedrich Glum Anfang Oktober 1933 in

⁶⁷ Vgl. ausführlich Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, S. 409–412.

⁶⁸ Vgl. ebenda, S. 381–386, S. 389–393 u. S. 400 ff. (sowie die dort genannte ältere Literatur).

seinem erwähnten Zeitungsartikel formulierte, „weltgeschichtliche Bedeutung“ des von der Regierung Hitler eingeleiteten „Aufbruchs der Nation“ begeisterten. Man kann mit Blick auf eine derartige Geisteshaltung, die Glum nur besonders zugespitzt formulierte, von einer enthusiastischen Selbstmobilisierung sprechen. Vor dem Hintergrund dieser Haltung überrascht es nicht, daß die KWG allen anfänglichen Friktionen zum Trotz spätestens seit 1936/37 zu einem integralen und zentralen Element eines immer enger verflochtenen militärisch-wissenschaftlich-industriellen Komplexes im Dienste der Hitler-Diktatur wurde und bis 1943/44 kontinuierlich an Bedeutung gewann⁶⁹.

Das hier angedeutete pragmatische und technokratische Selbstverständnis der Generalverwaltung unter Glum und vor allem unter Telschow erleichterte nach 1945 die Apologien – nämlich die Unterscheidung in sogenannte „eigentliche“ oder „wirkliche Nationalsozialisten“ und in solche Funktionsträger des NS-Systems, die vorgeblich nur aus „preußischem Pflichtbewußtsein“⁷⁰ gehandelt hätten. Solche Apologien werfen die Frage auf, was die Akteure (warum) unter „Pflichtgefühl“ verstanden und welches Normensystem dahinter stand. Die Affinitäten dieses Normensystems zu Politik und Ideologie der Nationalsozialisten müssen erheblich gewesen sein – sonst hätten die Akteure nicht so leicht und offenbar bedenkenlos aus „Pflichtgefühl“ uns heute selbstverständlich scheinende Standards der Menschlichkeit über Bord werfen können.

Wenn nach 1933 nur sogenannte „echte Nazis“ das NS-System getragen hätten, wenn die Etablierung der Diktatur nur „wirklichen Nazis“ wie etwa Gottfried Feder, Arthur Rosenberg und Julius Streicher überlassen geblieben wäre, dann wäre das Hitler-Regime schon nach wenigen Wochen zusammengebrochen. Um sich zu etablieren und zunächst scheinbar friedlich, dann aggressiv zu expandieren und zwölf Jahre lang Europa mit einer barbarischen Politik ohnegleichen zu überziehen, bedurfte es neben einer „Generation des Unbedingten“ (Michael Wildt) und dem kalt-intellektuellen Typus des Nationalsozialisten vom Schlage des durch Ulrich Herbert beschriebenen Werner Best auch des technokratischen, scheinbar unpolitischen Typus. Nicht nur Todt und Speer, auch der Generalsekretär der KWG Ernst Telschow und der KWG-Präsident Albert Vögler, der noch Durchhalteparolen ausgab und Defätisten schärfstens verfolgt sehen wollte, als der Krieg schon längst verloren war⁷¹, personifizierten diesen technokratischen Typus auf erschreckende Weise. Es war aber nicht nur das NS-Regime, sondern

⁶⁹ Vgl. hierzu ausführlich Maier, *Forschung als Waffe*, Bd. 2; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2.

⁷⁰ Manfred Rasch, *Über Albert Vögler und sein Verhältnis zur Politik*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, Nr. 28 (2003), S. 127–156, hier S. 143. Auch in andere biographische Darstellungen über führende Repräsentanten der KWG hat der apologetische Terminus „pflichtbewußt“ Eingang gefunden, vgl. z.B. Werner Schochow, Hugo Andres Krüß und die Preußische Nationalbibliothek, in: *Bibliothek 19* (1995), Nr. 1, S. 7–19, hier S. 15.

⁷¹ Direktorensitzung der KWG vom 9. 11. 1943, Protokoll, in: *MPG-Archiv*, Abt. I, Rep. 44, Nr. 104, bzw. BA, R 26 III, Nr. 693; vgl. ferner Ulrike Kohl, *Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht, Stuttgart 2002, S. 214; Bernhard Strebel/Jens-Christian Wagner, *Zwangs-*

umgekehrt auch die KWG, die von diesen Technokraten der Macht profitierte. Ihnen, und zwar namentlich vor allem Telschow und Vögler, hatte die KWG ihren „Erfolg“ 1937 bis 1945 entscheidend zu verdanken.

Schlußbemerkungen

Die hier in groben Zügen vorgestellte Geschichte des „Wissenschaftsmanagements“ der KWG im „Dritten Reich“ läßt sich zweifelsohne nicht verallgemeinern: Der nach dem letzten deutschen Kaiser benannte Forschungsverbund war einzigartig, die Verwaltung der KWG war überaus professionell und in vielerlei Hinsicht ihrer Zeit weit voraus. Die zwanzig bis dreißig Angestellten der KWG-Generalverwaltung agierten ausgesprochen effizient: Ihr „Networking“ in die alten wie neuen Eliten hinein trug wesentlich dazu bei, der KWG innerhalb der deutschen Wissenschaftslandschaft bis 1945 eine herausragende Position zu sichern. Aber auch ihr – hier nicht thematisierter – Umgang mit den zentralen Medien der damaligen Zeit, mit dem vielfältigen Zeitungs- und Zeitschriftenwesen sowie dem Rundfunk, ihre auf die nationale wie internationale Öffentlichkeit zielende Imagepolitik mutete bereits in den zwanziger Jahren überaus „modern“ an⁷². Das Wissenschaftsmanagement anderer Institutionen war dagegen ausgesprochen antiquiert: Die Verwaltung der Preußischen Akademie der Wissenschaften bestand bis weit in die dreißiger Jahre aus einem halbtags beschäftigten Angestellten, einem Mediävisten. Erst 1938 stellte die Akademie offenbar nach dem Vorbild der KWG einen hauptamtlichen „Direktor bei der Akademie“ ein⁷³. Die im Oktober 1920 gegründete Helmholtz-Gesellschaft wurde noch 1939 „in allen ihren Teilen ehrenamtlich verwaltet“⁷⁴.

Bei Verallgemeinerungen ist deshalb Vorsicht geboten. Dennoch wirft die Geschichte der KWG Schlaglichter auf das Verhältnis von „Politik“ und „Wissenschaft“ sowie „Wissenschaftsmanagement“ 1933 bis 1945, die auch für andere wissenschaftliche Einrichtungen von Bedeutung sein dürften. Drei Aspekte seien hervorgehoben.

1. Wissenschaft ist nicht gleich Wissenschaft. Historiker ohne Doppelqualifikation, also ohne Zusatzqualifikation in einem technischen oder naturwissenschaftlichen Fach, haben zumeist die Geistes- und Sozialwissenschaften vor Augen, wenn sie von „Wissenschaft“ sprechen. Das kann in die Irre führen. Betrachtet

arbeit für Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1939–1945. Ein Überblick, Berlin 2003, S. 41.

⁷² Vgl. ausführlich Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, bes. Bd. 1, S. 173–190, S. 328 ff. u. S. 487–495, sowie Bd. 2, S. 725–744.

⁷³ Vgl. Peter Nötzoldt, Strategien der deutschen Wissenschaftsakademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung, in: Wolfram Fischer (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Nötzoldt, Die preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 237–277, hier S. 259 f. u. S. 272 ff.; Wolfram Fischer/Rainer Hohlfeld/Peter Nötzoldt, Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur, in: Ebenda, S. 517–566, hier S. 534.

⁷⁴ Die Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der physikalisch-technischen Forschung in zwanzig Jahren ihres Wirkens, Düsseldorf 1939, S. 6.

man die drei oder vier Säulen separat, in die sich die Gesamtheit der Wissenschaftsdisziplinen gliedern läßt, ergibt sich ein differenzierteres Bild: Die ideologienahen Geistes-, Sozial- und Rechtswissenschaften wurden gleichgeschaltet, finanziell aber weitgehend vernachlässigt, sofern es sich nicht um politisch funktionale Felder wie die „Raumplanung“ oder die rassistisch aufgeladene „Volksgeschichte“ handelte. Dies geschah zunächst zugunsten der medizinisch-biologisch-rassistischen Wissenschaftsdisziplinen (Eugenik, Anthropologie, Medizin usw.), die sich einer rasch wachsenden materiellen Förderung erfreuten – allerdings nur bis in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre. Demgegenüber wurden die Technik- und Naturwissenschaften, einschließlich Ersatzstoffforschung und Agrarwissenschaften, von Beginn an, spätestens ab 1936/37 bis zum Ende der NS-Herrschaft gezielt gefördert. Hinter der Privilegierung der technik- und naturwissenschaftlichen Fachdisziplinen – die selbstverständlich kein spezifisches Signum der NS-Epoche, sondern ein generelles Charakteristikum einer auf „Verwertung“ drängenden „Moderne“ ist – stand die triviale Einsicht, daß es neben moderner Wirtschaft und Technik auch Wissenschaften bedarf, die auf der Höhe der Zeit stehen, um erfolgreich Kriege führen zu können. Und der Wille zum Krieg war eines der zentralen Kennzeichen des Nationalsozialismus. Die weit überdurchschnittliche finanzielle Förderung der KWG durch den Staat illustriert diese wissenschaftspolitischen Präferenzen des NS-Regimes. Nun könnte man einwenden, daß die Natur- und Technikwissenschaften zwar den Schwerpunkt der KWG-Forschungen bildeten, diese wissenschaftliche Spitzenorganisation aber auch noch über eine Reihe von Forschungsstätten in anderen Wissenschaftsfeldern verfügte. Tatsächlich war der skizzierte Trend jedoch noch ausgeprägter, als dies ein genereller Etat-Vergleich in Tabelle 1 ausweist. Isoliert man die Etatentwicklung der KWG-Institute nach Wissenschaftssektionen, zeigt sich: Die Einnahmen der natur- und technikwissenschaftlichen Institute und der agrarwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der KWG wuchsen in weit überdurchschnittlichem Maße, während die der biologisch-medizinischen Institute tendenziell stagnierten und die der geistes- sowie rechtswissenschaftlichen KWI – mit freilich symptomatischen Ausnahmen – zum Teil sogar erheblich schrumpften.

2. Begleitet wurde das Interesse der Diktatur an effizienten Natur- und Technikwissenschaften durch den von Beginn an scharfen Antisemitismus, das zentrale handlungsleitende Element der NS-Ideologie. Wichtig ist allerdings festzuhalten, daß der nationalsozialistische Rassismus und Antisemitismus das Prinzip der Meritokratie keineswegs gänzlich außer Kraft setzten. Gerade am Beispiel der KWG, die durch den antisemitischen Entlassungs- und Vertreibungsdruck des Regimes zeitweilig heftig erschüttert wurde⁷⁵, läßt sich zeigen, daß vor das merito-

⁷⁵ Zum Verhalten der KWG und hier wiederum namentlich zum Umgang der Generalverwaltung mit dem antisemitischen Entlassungsverlangen des Hitler-Regimes vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, bes. S. 372–381 u. S. 397–408 (sowie die dort genannte ältere Literatur). Zu den oft bedrückenden individuellen Schicksalen als Folge dieser nationalsozialistischen Vertreibungspolitik, die mit dem euphemistisch-zynischen Diktum vom „wissenschaftlichen Aderlaß“ eher verdeckt werden, vgl. jetzt Reinhard Rürup unter Mitwirkung von Michael

kratische Prinzip eine Art rassistischer Filter gesetzt wurde. Wissenschaftler, die auf Direktoren- oder Abteilungsleiterposten eines KWG-Instituts oder auch z. B. als Fachspartenleiter in den Reichsforschungsrat berufen wurden, wurden weiterhin nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewählt, durften jedoch keine „Juden“ im Sinne der NS-Gesetzgebung sein und auch keinen, nach NS-Kriterien „minderwertigen“ Völkern angehören. Selbst in den Augen führender Repräsentanten der Hitler-Diktatur war das meritokratische Prinzip so zentral, daß sie namentlich während der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkrieges – als die Shoah bereits in ganz Europa begonnen hatte – eine Abschwächung des antisemitischen Selektionskriteriums für herausragende Wissenschaftler zuließen: Die „Arisierung“ des Nobelpreisträgers und Direktors des KWI für Zellphysiologie Otto Warburg ist hier ebenso ein Beispiel wie das zynische Statement Hermann Görings auf einer Konferenz vom 6. Juli 1942, zu der sämtliche einflußreichen Wissenschaftspolitiker des „Dritten Reiches“ zusammenkamen, um angesichts der Kriegswende über eine möglichst rasche Effizienzsteigerung der Forschung durch die Reorganisation des Reichsforschungsrates zu beraten, Hitler sei gewillt, „Ausnahmen dort zuzulassen und zu billigen, wo es sich um wirklich ganz große Forschungsaufgaben oder Forscher selbst handelt. Wir gehörten ja wirklich gestraft, wenn wir aus solchen Gründen einen Mann von bedeutendster geistiger Kapazität ablehnten oder ihm nicht die Möglichkeit geben würden zu forschen, weil er eine Sarah hat oder vielleicht Vierteljude ist oder sonst etwas.“⁷⁶

3. Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsmanagement folgen, wenn sie erfolgreich sein wollen, den Prämissen der Realpolitik. Sie orientieren sich an tatsächlichen oder vermeintlichen Sachzwängen und sind gleichsam strukturell vor der Versuchung, sich in faschistische oder andere autoritäre Regime aktiv zu integrieren, nicht gefeit. Dies gilt nicht nur für ideologienahe Wissenschaften, sondern oft stärker noch für die Technik- und Naturwissenschaften, die aufgrund politischer Prioritätensetzungen von materiellen Zuwendungen des jeweiligen Regimes überdurchschnittlich profitieren – die „Grundlagenforschung“, wie sie in der KWG betrieben wurde, eingeschlossen. Aus sich selbst heraus verfügt keine Wissenschaft über einen inneren Mechanismus, der sie gegenüber verbrecherischen Verlockungen wie denen des „Dritten Reiches“ resistent sein ließe. Was Herbert Mehrtens, Moritz Epple oder Helmut Maier⁷⁷ für die Wissenschaften betont haben, gilt noch weit stärker für das Wissenschaftsmanagement, wie hier am Beispiel der Generalverwaltung der KWG gezeigt wurde. Daß die Beteiligten glaubten, dabei zum „Besten der KWG“ aktiv zu werden, ändert daran nichts. Exzellente Fähigkeiten, wie sie der Wissenschaftsmanager Ernst Telschow besaß – ein

Schüring, Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher, Göttingen 2008.

⁷⁶ Protokoll in: BA-MA, RL 3, Nr. 56, Bl. 302–376, Zitat Bl. 324 f. Zur „Arisierung“ Otto Warburgs 1941/42 vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, Bd. 1, S. 432–436.

⁷⁷ Vgl. Mehrtens, Kollaborationsverhältnisse, in: Meinel/Voswinckel (Hrsg.), Medizin, Naturwissenschaft, Technik im Nationalsozialismus; Epple, Rechnen, Messen, Führen, in: Maier (Hrsg.), Rüstungsforschung, bes. S. 356; Helmut Maier, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Rüstungsforschung, S. 7–29, bes. S. 28 f.; ders., Aus der Verantwortung gestohlen?, S. 76 f.

hervorragendes „Verwaltungsgeschick“ sowie die Eigenschaft, „selbst komplizierteste Problemlagen“ rasch erfassen und Ziele mit einer ausgeprägten „Zähigkeit“ verfolgen zu können⁷⁸ –, nutzten auch dem NS-Regime, weil sie im Zusammenspiel mit einem für Wissenschaftsverwaltungen ohnehin charakteristischen Pragmatismus die Indienstnahme der KWG für ein barbarisches politisches System nur erleichterten.

⁷⁸ So Adolf Butenandt in seinem Nachruf auf Telschow vom 31. 10. 1988, in: MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 1A, PA Telschow, Nr. 11.